gestehen. Die Vergangenheit der Zentraltaktik hat bewiesen, daß jeder Versuch, die Gewerkschaften zu revolutionieren, gescheitert ist. Die Schuld liegt am System. Die Parole heißt nicht hinein in die Gewerkschaften und sie revolutionieren, aus „Disziplin" sich sagen bis zur Unsichtbarkeit für jede Arbeit im Interesse der Revolution; sondern mit allen Mitteln die Hemmnisse der Revolution, die Gewerkschaften beseitigen, von der Wurzel auf. Nur auf dem Boden des Rätesystems ist eine sozialistische Arbeit für die Zukunft möglich; dies ist in der Allgemeinen Arbeiter-Union verkörpert.

Gewerkschaftliche Rundschau

„Voller Erfolg"

Die sozialdemokratische Presse meldet, daß der Streik der Berliner Glasarbeiter nach achtwöchigem Kampf mit vollem Erfolg endete. Dieser „Kampf" wurde geführt um eine 25 prozentige Lohnerhöhung. Die Wirtschaftsstatistik der „Frankfurter Zeitung" weist aber nach, daß die Durchschnittspreissteigerung aller Lebensbedürfnisse während dieser acht Wochen 76 Prozent beträgt. Nach Abzug Riese haben die Glasarbeiter nach ihrem Streik also nicht 25 Prozent Lohnerhöhung, sondern eine 50 prozentige Herabsetzung ihres Reallohnes.

Mit dem Erfolg stimmts aber trotzdem. Den haben die Unternehmer. Sie haben billige Arbeitssklaven, die jetzt wirtschaftlich zu schwach sind, die laufende Teuerungswelle abzuwehren, und um jeden Preis schaffen müssen. Ferner haben die Gewerkschaften einen Erfolg. Sie „beweisen" den Proletariern ihre Daseinsberechtigung. Denn es gibt immer noch Proletarier, die an diesem „Erfolge" glauben.

Die Lohnherabsetzungen (durch die Preissteigerung) sind aber bedingt in dem zerrütteten, dem Untergang geweihten kapitalistischen Produktionssystem. Ohne sie wäre der Kapitalismus überhaupt nicht mehr lebensfähig. Wollen die Proletarier sich vor dem drohenden Untergang retten, wollen sie ihre Lebenslage verbessern, müssen sie eben um die Produktionsmittel selbst kämpfen.

Die Kraft bringen sie nur auf, wenn sie als Klasse organisiert sind. Der Untergang des Kapitalismus aber bedeutet auch den Untergang der Gewerkschaften. Diesen abzuwehren, die Proletarier zu verhindern, sich in den Betrieben als Klasse zu organisieren, ist der Sinn der Taktik der Gewerkschaften.

*

Die „Revolutionierung der Gewerkschaften" ist gewiß für jeden, der nicht mehr Abc-Schütze in der Arbeiterbewegung und in der politischen Oekonomie ist, ein Problem, wie die Quadratur des Zirkels. „Genosse" Heckert aber hat's.

Heckert ist aus dem Bauarbeiterverband ausgeschlossen, viele hundert Mitglieder, hauptsächlich Funktionäre, ebenfalls. Ganze Zahlstellen sind aufgelöst, weil die Paeplow und Thöns sich nicht „revolutionieren" lassen wollen. Nie und nirgends hatte der Kampf um die Futterkrippe groteske Formen. Heckert und die Zentraltaktiker schinden die Paeplow und Konsorten genau zu kennen. „Wüste Handlungsweise, Schurkenstreiche, Lumperei, Gewerkschaftsgezänkereien" („A.F."), sind nur die Nebenerscheinungen der eigentlichen Kennzeichnung.

Jetzt streiken aber auf einem Bau für Sowjet-Rußland in der Betzenburger Straße die Bauarbeiter um die Erhöhung des Lohnes von 13,25 M. auf 18 M. pro Stunde. In ihrer Bedrängnis wenden sich die Streikenden an den obersten Sachverständigen für die Gewerkschaftsrevolutionierung Heckert, der auch der Kampfleiter gegen den unrevolutionierbaren Paeplow und dessen Thronnachfolger ist. Hier kamen sie aber an die verkehrte Adresse. Gewerkschaftsdisziplin darf nicht gebrochen werden. Wenigstens nicht von den „gewöhnlichen Soldaten" der Revolutionierung. Heckert wußt den streikenden Bauarbeitern gehörig den Sowjetschopf, weil sie ohne Genehmigung des Paeplow (!) streikten! („Rote Fahne" vom 30. März, Abendausgabe.) Was die „Revolutionierung noch alles zeitigen kann, davon haben wir bis jetzt noch keine blasse Ahnung. Erst muß es den Gewerkschaftsmitgliedern dämmern.

*

Die Klassen scheiden sich, je mehr die Produktionsverhältnisse die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit zuspitzen. Die Gewerkschaftsbureaukratie rückt immer offener ins Lager des Bürgertums.

Der Volkswirtschaftler des ADGB., Dr. Striemer, der sich selbst als bürgerlich bezeichnet, hat wieder ein Buch herausgegeben: „Volkswirtschaftliche Vorträge. 1. Reihe 1—6". Wir sind von diesem Striemer manches gewöhnt. In diesem Pamphlet aber überbietet er sich selbst. Das ganze Machwerk soll eine Widerlegung der Marxschen Theorie sein. Gelsbirch ist das Kanier intiefern, als es sich den wissenschaftlichen Schein zu geben versteht und mit Schlagworten operiert, die den Unwissenden verwirren können.

Im Vordergrunde steht wieder die Verneinung des Klassenkampfes und Propaganda des Burgfriedens:

„Gegenüber einer Ausplünderung einer unorganisierten Arbeiterschaft durch die Unternehmer haben sich heute die Verhältnisse wesentlich geändert, zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern werden Rechtsverhältnisse geschaffen, Tarifverträge abgeschlossen. **Wir können heute gemeinhin nicht mehr von einer Ausbeutung des Arbeiters durch seinen Unternehmer sprechen.**" (S. 26.)

In einem solchen Arbeiterparadies der Gegenwart ist natürlich der Marxismus nicht am Platze, und so schreibt Dr. Striemer auf Seite 34:

„**Die Marxsche Mehrwerttheorie heute** als Baustein für den praktischen Sozialismus aufrechterhalten zu wollen, ist **nicht nur unnütz, sondern auch schädlich.**"

Diese „volkswirtschaftlichen" Vorträge sind gleich in doppelter Ausgabe herausgegeben. Die eine für Hörer, die andere für Referenten: Für Betrogene und Betrüger. Dieses Geschreibsel wird Millionen Proletariern eingepaukt und wird auch seine Wirkung nicht verfehlen.

Die denkenden revolutionären Proletarier der KPD. sollten sich doch bald sehr ernstlich die Frage vorlegen, ob sie noch weiter im Interesse einer von besoldeten Führern verfassten „Parteidisziplin", durch ihre Zugehörigkeit zur Gewerkschaft, diesen Konterrevolutionären im ADGB. in ihrem schändigen Handwerk behilflich sein wollen.

AEG.-Konzern

Gegen die revolutionären Arbeiter, in erster Linie gegen die Unionisten, richtet sich ein Antrag, der vom Vorstandstisch einer Versammlung der im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Arbeiter des Werkes Brunnenstraße, Bahnabteilung, zur Annahme empfohlen wurde: Die Abmachungen des Metallkartells und des Berliner Metall-Industriellenverbandes sollen nur den „freigewerkschaftlich" Organisierten zugute kommen! Gegen stimmten nur 4 Mann. Der Antrag soll auch der Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin unterbreitet werden. Sie müssen schon wachsig sein, diese Massenhamsterganisationen gegen das Proletariat, wenn sie schon zu solchen erbärmlichen Mitteln greifen müssen.

Die Genossen der AAU. und KAU. des AEG.-Konzerns werden von einem dort beschäftigten Genossen gebeten, **am Dienstag, den 11. April** zu einer Besprechung zu erscheinen. Das Lokal muß von den Genossen selbst bestimmt werden.

Aus der Union

Der „Klassenkampf", das Organ der AAU. Rheinland-Westfalens schreibt:

Praktischer oder theoretischer Klassenkampf?

„Nachdem die Berliner Ortsgruppe der Allgemeinen Arbeiter-Union gezeigt hat, was sie ist und was sie nicht ist, nämlich, daß sie eine Organisation von selbst- und klassenbewußten Arbeitern ist, und nicht ein nach preußischem Muster aufgebautes Rekrutendepot, indem sie diejenigen, die den praktisch revolutionären Klassenkampfgedanken durch pantastische Phrasen ersetzen wollten, ausgeschlossen hat, haben sich letztere ein neues Arbeitsfeld, nämlich Rheinland und Westfalen ausgesucht.

Es gehört eine ziemliche Portion Dreistigkeit dazu, wie sie es als selbstverständlich ansehen, daß sie nicht aus der Union und KAU. ausgeschlossen worden sind, sondern daß sich die Berliner Organisation, dadurch, daß sie es gewagt haben, gegen ihre Führer zu rebellieren, selbst aus der Union und KAU. ausgeschlossen haben. Wer die „logischen" Auseinandersetzungen dieser Leute aus den Artikeln des „Kampfruf" verfolgt hat, wird ihnen wohl soviel „Logik" zutrauen, daß sie einsehen, daß es eher möglich ist, daß fünf Führer einige Tausend Mitglieder herauswerfen, als einige Tausend Mitglieder fünf Führer. Also die Tatsache besteht, die Mitglieder sind von den Führern herausgeschmissen.

Doch nun die weiteren logischen Folgen. In Berlin befand ein Geschäftsführender Hauptausschuß der KAPD.

Weil nun aber nur noch fünf Genossen vorhanden sind (die anderen sind „ausgeschlossen"), ist es notwendig, daß hieraus der Geschäftsführende Hauptausschuß gebildet wird. Ganz einfach, aber praktisch.

Weil nun in Berlin keine Union und KAPD. mehr besteht, sondern nur noch eine SPD. Nr. 4, ist es kein Arbeitsfeld mehr. Also weg von dem sündhaft verseuchten Sodom und Gomorra an der Spree, fort in ein anderes Land.

Ungeahnt dieser Folge von Umständen haben wir es zu verdanken, daß plötzlich in unserem Bezirk ein neuer Hauptausschuß der KAPD. auftauchte und uns die Ehre antat, unseren Bezirk in eine Zentrale der KAP. umzuwandeln.

Daß nun ein Hauptausschuß eine Zeitung haben mußte, um die Mitglieder vollends verrückt zu machen, war auch selbstverständlich.

Also wurde eine Zeitung herausgegeben, welche in ihrer ersten Nummer ein Rundschreiben brachte.

Zweck desselben: Mitglieder verdummbeuheln.

Folgendes bildet den Anfang desselben:

„Rundschreiben.

An die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Parteigenossen, die KAPD. befindet sich in einer Krise, die ernster und furchtbarer ist als alle bisher von ihr erlebten und überwundenen Krisen. Es handelt sich diesmal nicht wie im Falle Lauffenberg-Wolffheim bzw. Rühle um gewisse theoretische Unklarheiten und Verwirrungen einzelner kleinbürgerlicher Elemente. Die gegenwärtige Krise ist die Krise der proletarischen Revolution, die notwendig zerfegend und auflösend wirken muß in unserer ganz auf die Revolution eingestellten Partei . . ."

Ja, wenn das hier so klar und deutlich gesagt wird, dann muß es wohl wahr sein, daß es sich tatsächlich um die Krise der proletarischen Revolution handelt.

Die Krise besteht nämlich darin, daß die Unionisten nicht begreifen können, daß der Kampf um die Existenz, um die Lebensmöglichkeit, keine Sache der Organisation, der Union, sondern Sache jedes einzelnen ist. Allerdings, es können sich dann ja die einzelnen zusammentun und gemeinsam ihre Interessen vertreten. Das geschieht auch der neue Hauptausschuß der KAPD.

Einen solchen Wödsinn kann aber auch eben nur ein Theoretiker spinnen, der von der Praxis keine Ahnung hat, der seinen Gedankengang so weit ausspinnt, daß er sich zuletzt in die tollsten Widersprüche verwickelt.

Also die Arbeiter eines Betriebes dürfen gemeinsam solidarisch vorgehen, um ihre Interessen zu vertreten. Vergessen haben diese Leute nur, daß die Union eine Betriebsorganisation ist, und daß immer dann, wenn die Arbeiter eines Betriebes auftreten, vorgehen, die Betriebsorganisation vorgeht, eben aus dem Grunde, weil die Arbeiter die BO. repräsentieren. Es gibt eben in der Union keine Extrawurst, daß man von Organisation und Einzelmenschen sprechen kann, wie zum Beispiel in den Gewerkschaften, wo als Organisation nur die Bürokratie gilt. Es gibt nur eine Union, die dargestellt wird durch die Arbeiter selbst, und jedes Mitglied ist ein Stück Union."

Königsberg i. Pr.

Unsere Mitgliederversammlung lehnt die von dem Akademikerführerkonsortium empfohlene „Taktik" der Negation entschieden ab und brachte das zum Ausdruck in folgender

Resolution:

„Die am 22. März tagende Mitgliederversammlung verurteilt das Verhalten der Schröder, Sach, Goldstein usw. und mißbilligt die Artikelserie: „Die Union — was sie ist und was sie nicht ist", und „Die AAU. als Klassenkampforganisation". Sie erkennt die Leitsätze der KAP. und AAU. als den jetzigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen entsprechend an und erklärt diese als Grundlage für die künftige Tätigkeit der KAP. und AAU. (gegen zwei Stimmen bei einer Stimmenthaltung).

Aus der Jugendbewegung

An sämtliche Gruppen und Bezirke der KAJD.

Der provisorische Reichsausschuß der KAJD. beruft zum 16.—17. April (Ostern) eine Zentralausschußsitzung nach Berlin ein. Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Weltpolitische Lage;
2. Taktik der Organisation.
   a) politische Kämpfe,
   b) wirtschaftliche Kämpfe;
3. Kommunistische Arbeiter-Internationale;
4. Organisatorisches.
   a) Bericht des Arbeitsausschusses,
   b) Bericht der Gruppen.
   c) Neuwahlen;
5. Verschiedenes.

Wir bitten die Bezirke, hierzu Stellung zu nehmen und sofort die Delegierten zahl bekanntzugeben.

Groß-Berlin. Jugendliche aller Richtungen, besucht die Vortrags- und Unterhaltungsabende der KAJ., Bezirk Osten. Jeden Donnerstag abends 7 Uhr im Restaurant Held, Mainzer Straße 16.

Augsburg. Anfragen und Nachrichten künftig nur an Betty Walter, Ottostr. 6a. — Ludwig Hollmann ist ausgeschlossen.

KAJ. Augsburg.

Mitteilungen

Aufforderung!

Genosse Börner wird aufgefordert, sich bis zum 20 April durch seinen jetzigen Wirtschaftsbezirk der Groß-Berliner-Beschwerdekommission zu stellen. Andernfalls erfolgt die Bekanntgabe seines Ausschlusses durch die „KAJ." und den „Kampfruf".

Beschwerdekommission Groß-Berlin.

Groß-Berlin

13. Bezirk.

Dienstag, den 11. April, bei Werner, Charlottenburg, Wollstraße 16: Kombinierte Sitzung der Funktionäre der Partei, Union und „KAJ.".

Der jetzigen Expedition liegen die Februar- und Märznummern bei. Im Interesse der Organisation sind sie unbedingt bis Mitte April zu begleichen, da wir sonst die Zeitung nicht mehr zusenden können.

Quittung.

Bezirk Magdeburg: Hohenstein (Umlage) 100 Mark und Sammelliste 1477,80 M.; Zeitnitz 100 M.

Von Bremen 150 M., von Bitterfeld: Januar, 140 Mitglieder 70 M.; Februar 180 Mitglieder 90 M.; März, 280 Mitglieder 140 Mark.

Zeitungsgelder gingen ein: Von Braunschweig 562,50 M.; von Königsberg 353,25 M.; von Landshut 115 M.

An die U.-K. abgeführt 80 Mark.

In Königsberg in Pr. stehen 30 Genossen im Streik. Wir bitten die Umlage sofort einzuleiten.

KAU.

3. Bezirk. Außerordentliche Mitgliederversammlung Freitag, den 7. April, abends 6½ Uhr, Schule Rostocker Straße. Sehr wichtige Tagesordnung. Erscheinen Pflicht.

KAU.

Jena. Jeden Freitag, abends 7½ Uhr: Versammlung bei Schiermann, Schillerstraße 23.

5. Bezirk.

BO., Siemenskonzern. Montag, den 10. April: Versammlung bei Kant, Siemensstadt, Siemens- Ecke Herzstraße.

Weißensee. Am 13. April: Mitgliederversammlung im Prälaten. Erscheinen Pflicht, da wichtige Tagesordnung. Bücher werden abgestempelt.

6. Bezirk.

Neukölln. Wer länger als sechs Wochen mit Beiträgen im Rückstande ist, wird ausgeschlossen.

9. Bezirk.

Georg Kiesling, Lichtenberg, Tasdorfstraße 65, Buch verloren.

Irmer, Gustav (Betrieb Scheibora), ist ausgeschlossen wegen organisationsschädigenden Verhaltens.

Wegen Organisationsschädigung und Verleumdung wurden aus der AAU. ausgeschlossen die Mitglieder Ischirschnitz und Geelhar.

10. Bezirk.

BO.-Mitgliedskarte Nr. 2614, August Funke, Beußestr. 57, ist verloren gegangen.

Wittenberge.

Jeden ersten Freitag im Monat Mitgliederversammlung bei Kunkel, 7½ Uhr, Wismarchplatz. Mitgliedsbuch legitimiert.

Wer die Solidaritätsbeiträge verweigert, wird ausgeschlossen

Holzweißig.

Jeden Montag abends 7 Uhr, im Gasthof Häfer: Diskussionsabend. Wir bitten alle Genossen von Holzweißig und dem Unterbezirk Bitterfeld recht zahlreich zu erscheinen.

Eilenach.

Marken- und Zeitungsausgabe der BO.-Kammgarnspinnerei, jeden Freitag 5—5½ Uhr im Mast. „Edelweiß". Es ist Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich zu erscheinen.

Groß-Frankfurt a. M.

Distrikt Bornheim. Arbeitslose und Einzelmitglieder treffen sich Samstags 6½—8 Uhr im Lokal Gutrum, Arnsburger Str. 68. Zeitungs- und Markenausgabe.

Distrikt Ostend. Auskunft über AAU., Zeitung und Markenausgabe täglich im Restaurant Ritter, Oderstraße 83.

Frankfurt a. M. Aktionsausschuß-Sitzung findet jeden Mittwoch 7½ Uhr in Alt-Limburg, Römer-Berg, statt.

Flörsheim a. M. Ausgeschlossen wegen Verweigerung der Solidarität: Willy Förster, B.-Nr. 021694 A. Karl Künel, B.-Nr. 018258A, Fritz Thoma (Frankfurt) B.-Nr. 018268.

Groß-Hamburg.

Bezirksversammlungen und Zahlstellen:

Altona: Jeden Montag 7½ Uhr bei Brandt, Gr. Bergstr. 136.
Zweite Zahlstelle: Walter, Friedrichsbooderstr. 15 I.

Barmbeck: Jeden zweiten und vierten Donnerstag 7½ Uhr bei Othmer, Ecke Fehler- und Hamburger Straße.
Zweite Zahlstelle: Kohn, Holsteinischer Kamp 18, Haus 14.

Hammerbrook: Jeden ersten und dritten Dienstag 7½ Uhr bei Klonke, Wendenstraße 45.
Zweite Zahlstelle: Warnke, Friesenstr. 39 I, bei Loverenz.

Eilbeck-Wandsb.: Lotter, Wandsb. Chaussee 132, Haus 7.

Inn. Stadt-St.-Pauli: Kümmermann, Königstr. 43 I, Scholl.

Eimsbüttel: W. Thiel, Fabersir. 11, Laden.

Groß-Hamburg.

Jeden Freitag im „Bürgerhaus", Stephansbrücke 38: Mitgliederversammlung. Erscheinen aller KAPD.-Genossen ist Pflicht. Jeden Dienstag abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Rotermund, Stephansbrücke. Erscheinen ist Pflicht.

Königsberg i. Pr.

Wir erhielten Solidaritätsgelder: von Frankfurt a. M. 300 M., von Wittenberge 100 M., von Ludwigshafen 500 M.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Liers Neukölln. — Verlag der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands. Inhaber: Carl Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Nofter, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 3. Nr. 14. „Der Kampfruf" erscheint wöchentlich. Preis 1 M.

Die Allgemeine Arbeiter-Union

Wir bringen heute nochmals einen Abdruck aus der Broschüre „Die Allgemeine Arbeiter-Union". Die in diesen beiden Abschnitten dargelegte programmatische Linie gilt heute noch wie zur Zeit der Herausgabe dieser Broschüre durch die Union. Sie beweist, daß der Ausschluß der bürgerlich-individualistischen Führertypen eine Notwendigkeit war.

Masse und Führer.

Aus der Art des Aufbaues der Allgemeinen Arbeiter-Union, wie er auch im Organisationsstatut deutlich wird, ergibt sich, daß in ihr ein anderes Verhältnis besteht zwischen **Masse und Führer** als in Organisationen kapitalistischen Charakters. Sind die Proletarier in diesen ein Spielball **politischer Unternehmertypen**, so werden sie hier in immer höherem Grade zu Selbstträgern ihres Schicksals, **des Schicksals ihrer Klasse.** Hier beginnt die Theorie Gewalt zu werden, die sagt: die wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selber sein.

Der Begriff „Masse" gewinnt eine andere Bedeutung als im kapitalistischen System. Im Sinne des privatwirtschaftlichen Denkens ist Masse gleich Kadaver, ein Objekt, mit dem man nach Belieben schaltet. Sie wird als „Eigentum" bestimmter Menschen, Zuntanzen, Cliquen angesehen. Für das proletarische Denken ist aber Masse kein zusammenhangloser Haufe unklarer Egoisten, sondern Masse ist das Proletariat, soweit es als klassenbewußtes und sozialen Denken und Wollen unlöslich verbunden ist.

Eine solche Masse entsteht nur durch eine immer sich steigernde, organisierte Selbsttätigkeit, zunächst im Kampf gegen das Kapital, beim Aufbau der eigenen Organisation, später durch gleichmäßige Mitwirkung im Produktionsprozeß.

Damit ist auch schon ausgesprochen, was „Führer" im proletarischen Sinn ist. **Der Führer muß aus dieser klassenbewußten Masse erg verbundenes Glied sein.** Er wird das Leben und Denken dieser Masse darstellen, gestalten, und seinerseits die Masse mit seinem Feuer durchglühen. Er muß so kämpfen, daß er nicht, wie der Unternehmer für sein Eigentum, für seine Fabrik, für **sein** Volk, für seine Nation kämpft, **sondern er muß kämpfen als Teil der großen sozial-proletarisch fühlenden, denkenden, wollenden Masse.** Die über die ganze Welt verbreitet ist. Er darf nicht kämpfen mit dem Bewußtsein: Ich will die proletarische Bewegung zu meiner Bewegung machen, **die Revolution ist meine Angelegenheit, mir hat man zu folgen,** das ist Privatkapitalismus, **das ist bürgerliche Ideologie.**

Die Allgemeine Arbeiter-Union lehnt also in ihrem Kampf nicht „Führer" überhaupt ab. Das hieße, jede Tätigkeit, jede Fähigkeit, jeden starken Willen ablehnen. Das wäre nicht Sozialismus, sondern bürgerlich militärisches Zuchthaus, tötende Gleichmacherei. Vernichtung des lebendigen Menschen mit einem Maschinenprodukt. Es wäre auch Utopismus, da wir erst am Anfang der Kämpfe und nicht am Ende stehen. Im Gegenteil, sie wird die proletarischen Führer geradezu mit der größten Verantwortung beladen. **Nur ist eben die Voraussetzung, daß sich aus der Organisation, aus dem System heraus, die absolut sichere Kontrolle über jeden Verantwortlichen ergibt.** In dieser Richtung bewegt sich die Räteorganisation. **Sie sichert einen erbarmungslosen Kampf gegen Einzelstatur und organisiertes Cliquen- und Instanzentum,** das losgelöst ist aus den Bedingungen und Bedürfnissen der proletarischen Masse, und **mit den Methoden kapitalistischen Schiebertums arbeitet.** Sie wendet sich aufs Schärfste gegen die Intellektuellen. Wobei sie unter Intellektuellen jene Menschen versteht, die ihre überlegene Bildung dazu benutzen, das Proletariat **zum Tummelplatz ihrer eigenen Gedanken und Interessen zu machen.**

Das Ziel der Allgemeinen Arbeiter-Union ist die kommunistische klassenlose Gesellschaft. **Ihr Weg ist der unterbrochene Kampf** zur Erreichung dieses Zieles. Dieser Kampf kann zum endgültigen Siege nur führen, wenn die großen Massen der vom Kapitalismus Ausgebeuteten, wenn die Proletarier sich dessen vollkommen bewußt werden, daß sie eine **Klasse** sind. Sie müssen sich weiter dessen bewußt werden, daß sie nur durch den unerbittlichsten Klassen-Kampf ihr Ziel erreichen können. **Sie müssen fühlen, daß in diesem Klassenkampf die Klassensolidarität eine unbedingte Notwendigkeit ist.** Sie müssen lernen, daß der Zusammenschluß als Klasse, daß der Klassenkampf des Proletariats nicht nur innerhalb der Grenzen eines Landes erfolgreich vor sich gehen kann, sondern daß er über sie hinaus international erfolgen muß. **Und im Ganzen muß begriffen werden, daß alles das nicht von heute auf morgen plötzlich kommt, daß es auch nach nicht kommt, weil einzelne es brennend wünschen, sondern daß die Entwicklung dahin ein geschichtlicher Prozeß ist.**

Die internationalen Wiederaufbauer

In der zweiten Märzwoche fand in Köln die Haupttagung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände statt. Hier hätte der Proletarier lernen können, wie er sich zu organisieren hat. Hier waren nicht Berufe, Konfessionen, Weltanschauungen oder politische Richtungen vertreten. Das war die Klasse. Dem Klasseninteresse wurde alles untergeordnet.

In seinem Geschäftsbericht konnte der Geschäftsführer der Unternehmerzentrale Dr. Tänzler feststellen, daß das Wachstum und der organisatorische Ausbau der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im vergangenen Jahre weitere erhebliche Fortschritte gemacht hat. Die Vereinigung umfaßt zur Zeit 216 unmittelbar angeschlossene Verbände, 108 Fachverbände, 107 gemisch-gewerbliche mit 1750 Unterverbänden, also fast 2000 Arbeitgeberverbände. Die Beziehungen zum Reichsverbande der deutschen Industrie, zum Reichsverbande der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigungen sowie zum Reichsverbande des deutschen Handwerks wurden als eng und gut bezeichnet. Desgleichen die Fühlung mit den Behörden. Die Verbindung zwischen der Unternehmerzentrale und dem Reichsarbeitsministerium soll sich sogar „sehr befriedigend" gestaltet haben. Besonderen Wert legt die Leitung der Unternehmervereinigung darauf, mit ihren Mitgliedsverbänden in den besetzten Gebieten in enger Verbindung zu bleiben.

„Nach dem Bericht über die Verhandlungen beim Internationalen Arbeitsamt in Genf wurde der Beitritt der Vereinigung zur Internationalen Arbeitgebervereinigung beschlossen", wird in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" lakonisch berichtet. Man tut so, als handle es sich für die Unternehmer bei diesem Beschluß um die selbstverständliche Sache der Welt. Für die Proletarier aber ist dieser Beschluß von weittragender Bedeutung. Abbau des Achtstundentages, Lohnkürzung, Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung, kurz vollständige Versklavung des Proletariats ist das nächste Ziel der Bourgeoisie. Das kann international besser durchgesetzt werden. In Nr. 13 des „Kampfruf" haben wir gezeigt, daß das Handeln des internationalen Kapitals auch bisher ein einheitliches Interesse diktiert, im Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse. Die sich zuspitzende Weltwirtschaftskrise zwingt das Kapital immer mehr, seine Aktionen gegen das Proletariat einheitlich zu gestalten. Den größten Raum der Tagung nahm denn auch der Abbau der „Errungenschaften der Revolution", der Sozialpolitik, Arbeiterschutz, Erwerbslosenfürsorge, Achtstundentag ein — und Steigerung der Arbeitsleistung.

Das war in Köln der Kriegsrat für den Klassenkrieg gegen das Proletariat. Die Mittel des Klassenkrieges sind die Bedingungen für den Wiederaufbau. Deshalb nahm dieses Thema — einschließlich des Aufbaues des russischen Kapitalismus — die Tagung zeitlich auch nur beschränkt in Anspruch. Denn für den Wiederaufbau des russischen und deutschen Kapitalismus und die Gesundung des internationalen Kapitals hat die Bourgeoisie sehr gewichtige Hilfe in seinen Gewerkschaften, sozialdemokratischen und —„kommunistischen" Parteien und ihrer „Internationalen".

*

Die Exekutivkomitees der 2., 2½, und 3. Internationalen traten am Sonntag, den 2. April, im deutschen Reichstag zu gemeinsamer Beratung zusammen. Wenn das, was in die äußere Erscheinung tritt, auch nur dem Tagungsort entspricht, d. h. Theater ist, so läßt sich doch die Herkunft der Delegierten auch an den Auseinandersetzungen nicht verkennen. Sie vertreten die „Interessen des Proletariats" und sind naturgemäß, rein äußerlich betrachtet, zersplittert. Die einen wollen mehr den Aufbau des russischen Kapitals, die andern den des deutschen, englischen, französischen usw. Obwohl auch hier im Reichstag nur Bourgeoisiestypen beisammen sind, läßt sich doch die Wiederspiegelung proletarischer Zersplitterung nicht ganz leugnen.

Die gerissenere, die proletarische Pfoche am besten einschätzend, sind zweifellos die Moskauer, die das Gewicht ihres ganzen Staatsapparates in die Waagschale der 3. Internationale werfen, um deren Sektionen in Westeuropa zugunsten des russischen Kapitals zu beeinflussen. Die Mitwirkung bei dem wiederaufbaumäßigen gewerkschaftlich-disziplinierten deutschen Proletariern wird nicht ausbleiben. Die „Rote Fahne" sagt in ihrem Begrüßungsartikel:

„Die Position der Kommunistischen Internationale war sehr klar und präzis: sie verschleierte nicht den grundsätzlichen Unterschied, der zwischen den revolutionären und opportunistischen Organisationen besteht, aber — **mit dem Gebot der Stunde rechnend** — schlug sie den gemeinsamen Kampf für die gemeinsamen **nächsten Ziele** vor. „Proletarier! Vereinigt euch alle, alle, alle! Denn das letzte Stück Brot wird euch aus dem Munde gerissen! **Vereinigt euch, dieses Brot zu verteidigen!" — Das war die Parole der Kommunistischen Internationale.** Das war wirklich die Position der proletarischen Einheitsfront."

Das ist beileibe kein Opportunismus! Obwohl wir uns sehr bestimmt entsinnen, daß die Wirtschaftstheoretiker der KPD. — als sie noch nicht auf den Broterwerb bei der „Roten Fahne" angewiesen waren — uns tausendmal bewiesen haben, daß dieses Stück Brot sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gar nicht verteidigen läßt, daß die kapitalistischen Produktionsbedingungen das Proletariat naturnotwendig in Barbarei und Sklaverei führen.

Aber um ihres „Zieles", der Massenpartei willen, die „unten sehr breit und oben sehr schmal sein muß" — wie Bordiga auf dem eben stattgefundenen Parteitag der italienischen Sektion sich ausdrückte, packen sie die Massen an ihren schwachen Stellen. Und stereotyp schreit die deutsche „Dritte" in die Arena:

„Wollt ihr mit uns zusammen den Kampf für das Stück Brot führen?

Wollt ihr den gemeinsamen Kampf gegen die Offensive des Kapitals führen?

Wollt ihr gegen die Erdrosselung der deutschen Arbeiterklasse protestieren?"

Der königlich belgische Minister, der unentwegt Sozialdemokrat bleibt, „weil er der Arbeiterklasse seinen Aufstieg verdankt" — wie Ebert —, antwortet international diplomatisch:

„Man sagt, wir versammeln uns auf dieser Konferenz, um die Mittel zu prüfen, **wie man die Proletarier gewisser Länder** von den Reparationsverpflichtungen befreien kann, die ihnen der Versailler Frieden auferlegt. Ich sage nicht, daß solche Vorschläge geeignet sind, das deutsche Proletariat zu erfreuen. Vielleicht haben sie sogar bei Herrn Stinnes einige Genugtuung erweckt. Ich bin nicht sicher, daß solche Vorschläge mit der gleichen Befriedigung von den Proletariern derjenigen Länder aufgenommen werden, die die schweren Verwüstungen erlitten haben."

Klara Zetkin, die trotz ihres Alters überall dabei ist, verliest eine viele Spalten lange Erklärung der russischen Internationale. Diese verdammt es, daß die Proletarier anderer Länder ihren eigenen Kapitalismus aufbauen wollen. Zweifellos sollen sich die Proletarier nur für den russischen Kapitalismus ins Zeug legen. Zu diesem Zweck propagiert die Erklärung die Einheitsfront (also nicht um das ominöse „Stück Brot" zu verteidigen.) Dann wird gefordert, daß diese „Einheitsfront" unbedingt vollständig in Genua vertreten sein soll. Die Amsterdamer, die „Rote" Gewerkschaftsinternationale, ja sogar Anarchisten und Syndikalisten sollen erscheinen, falls sie sich für den Aufbau des Kapitalismus in Rußland einsetzen.

Wir wissen nicht, ob es schon „Anarchisten" und „Syndikalisten" gibt, die für den Wiederaufbau des russischen Kapitalismus begeistert sind und denen danach gelüstet, in Genua die „Einheitsfront" zu bilden mit jenen, die ihre Genossen eben erst den Henkern ausgeliefert und auf dem besten Wege sind, andere an den Galgen zu bringen. Wir wissen aber bestimmt, daß in Rußland große Massen Anarchisten und Syndikalisten in den Zuchthäusern den Kommunisten Gesellschaft leisten. Wir entsinnen uns ferner auf das bestimmteste, daß im März 1921 unter den vierzehntausend in Kronstadt gemordeten Matrosen und Industrieproletariern sich eine große Anzahl Anarchisten und Syndikalisten befand.

Doch kommen wir zurück zum Theater. Selbstverständlich fehlt bei solchen Gelegenheiten nie der unvermeidliche Redek in der Rolle des wildgewordenen Spießbürgers. Dieser Radek, der 1919 in Berlin an Eisen gefesselt in der Mörderzelle angeschlossen wurde von denen, die er in Genua vereinigen will unter der Parole: „Rückt für **die Diktatur des Proletariats (!), sondern um ein Stück Brot"** zu erkämpfen. Dieser Radek, der heute zwischen Stinnes und Poincaré hin und her hüpft, wettert scharf gegen Herrn Lindemalde, weil dieser ihm vorwarf, daß die sowjet „kommunistische" Internationale von Stinnes finanziert wird. Mit heuchlerischer Pose verlangt er von den deutschen Angehörigen der „Zweiten", daß sie ihm die Hände zur Versöhnung reichen, sich diese zu

B2

reminiszenzen vom Blute Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts.

Wird sich das Proletariat es merken, daß diese Leute bei ihren schmutzigen Schachergeschäften schon Luxemburgs und Liebknechts Leichen schändeten?

Die russischen Wiederaufbauer lesen und reden durchs Fenster: Ihre Erklärungen und Reden liegen schon vorher fein säuberlich als Leitartikel redigiert vor und werden von den Zeitungen aller Sprachen gedruckt und von großen Massen gelesen. Auf Massenfang sind sie zugeschnitzt. Kein Wort von revolutionärem Klassenkampf. Kein Wort von Revolution, vom Sturz des Kapitals. Nicht ein Wörtchen, die Massen zusammenzuballen zur Klassenfront, um die politische Macht zu erringen, um die Produktionsmittel und die Produktionsbedingungen umzugestalten, die einzige Möglichkeit, den Massen das „Stück Brot" zu gewährleisten. Ja nicht einmal ein Wort darüber, durch Kampf der Arbeiterklasse das erträumte Lebensniveau der Vorkriegszeit wieder zu erringen. Denn ausdrücklich sagt Radek, die „Einheitsfront" soll als Ziel nicht die Diktatur des Proletariats haben, nicht den Massen ein besseres Dasein erkämpfen, sondern nur der Abwehr kommender Verschlechterung dienen. Aber dies auch nur in Worten, denn ihr Handeln beweist, daß sie das Gegenteil bezwecken. Radek weiß, daß diese „Einheitsfront", d. h. die Gemeinschaften, die Proletarier nationalistisch in Kleinkämpfen aufreiben, während das Kapital in internationalem Ausmaß geschlossen und einheitlich, den national und beruflich getrennten Arbeitern die Bedingungen diktiert. Ihre Werkzeuge sind dieselben Menschen, mit denen er die „Einheitsfront" will.

Nichts anderes als die Tolle will die Zweite Internationale. Die Verbrüderung ist da, trotz bombastischer Schimpfereien. Vandervelde anerkannt das mit diesen Worten:

„Es gibt einen Punkt, in dem wir mit unseren Freunden von der Wiener Arbeitsgemeinschaft und mit den Delegierten der Moskauer Internationale übereinstimmen: das ist, daß es wünschenswert wäre, wenn sich das sozialistische Proletariat der ganzen Welt defensiv gegen die kapitalistische Reaktion organisieren würde."

Aber für diese Defensive wird noch ebendrein von Moskau verlangt, daß die Zellentaktik eingestellt wird. Ferner soll Georgien wiederhergestellt werden, das die 3. Internationale — identisch mit der russischen Regierung — anerkiert hat, weil dessen „rein sozialistische Regierung" zusammen mit den Westen russische Kapitalsinteressen verletzte. Die Weisen der 2. Internationale wissen, daß sie zum größten Teil die westeuropäischen Proletarier hinter sich haben und können daher Bedingungen stellen.

Der Schluß war ungefähr so wie der des Hornberger Schießens. Die 2. Internationale hat kapituliert vor dem Kommunismus, die 3½. vor beiden und die 3. vor allen dreien. Und trotzdem könnte diese Konferenz dem Proletariat von Nutzen sein, wenn es die Schlußfolgerungen daraus zöge. Es könnte begreifen lernen, daß es nie befreit werden kann von diesen hohen und höchsten Herrschaften, von höfischen und republikanischen Ministern und Ministerpräsidenten, auf- und abfahrenden bewegten bürgerlichen Staatsschoßhündchen. Die Nummer der Internationale ist dabei belanglos.

Die internationale Bourgeoisie lebt in einer Klassenfront. Sie wurde in Köln und Berlin noch mehr befestigt. Die „Internationalen" sind vereinigt durch ein neunköpfiges Organisationskomitee, die Klassenführung bleibt getrennt. Auch die Proletarier sind getrennt, um sich weiter die Hörnle einzusklaven zu Nutz und Frommen der Kühner und Berliner. Es sei denn, sie vereinigen sich ebenfalls zur Klassenfront.

Achtung Unionsgenossen!

Der Bezirk Groß-Berlin und viele Reichsbezirke stehen nach wie vor auf dem alten Programm der AAU., wie es in der bisherigen Literatur festgelegt ist.

Drei Mitglieder des Reichsarbeitsausschusses vertreten jedoch die neue Theorie (individueller „Kampf"), die in der Artikelserie: „Die Union, was sie ist und was sie nicht ist" zum Ausdruck kommt.

Weil sie mit ihrer Ansicht im Widerspruch zu der Mitgliedschaft Groß-Berlin standen, wurden die drei Mitglieder (Sleifert, Gelber und Schwertz) zurückberufen. — Vorher verschickte ein Mitglied im Namen des Reichsarbeitsausschuß ein Rundschreiben, welcher außer Lüge und Verleumdungen, sich von Berlin lossagt und sich nach Essen wendet.

Nachdem ihnen jede Funktion abgenommen worden ist, konstituieren sie sich selbst als „Reichsarbeitsausschuß", verschicken Rundschreiben und rufen zu Ostern eine Reichswirtschaftsratssitzung nach Mitteldeutschland ein.

Wir machen unsere Mitglieder auf diese politische Schieberaktik aufmerksam und ersuchen, diese Konferenz, die nur privaten Charakter trägt, nicht zu beschicken.

Diese feldherrliche Handlungsweise, ohne Auftrag der Mitgliedschaft, führt zur Spaltung der Union.

Die Reichskonferenz, die am 4. und 5. Juni in Berlin stattfindet, wird alle strittigen Fragen klären und gegen die Saboteure die erforderlichen Schritte unternehmen.

Kampf für das revolutionäre Programm und für die Geschlossenheit der AAU.

Der prov. Reichsarbeitsausschuß.

Politische Rundschau

Der „große Tag" ist also Wirklichkeit. Die hohe und allerhöchste Demokratie ist in Genua. An der Spitze der deutschen Delegation ist Dr. Wirth im Hetzjag voranschaferen. Dann nach in einem Salonwagen der Vertreter der deutschen Industrie (Hugbauer Richtung Tr. Rathenau. Am Sonnabend 1 Uhr 23 Minuten in einem Zug von 10 Luxuswagen neben den Luxuswagen, Schlafwagen, Speisewagen die Hauptdelegation, bestehend aus Ministern, Staatssekretären, wirtschaftlichen Sachverständigen und Telegierten. Dann ein Zug des Stinnes-Konzernschiffen Tr. Raumer mit einem „kleinen" Stabe von 60 bis 70 Personen.

Soweit geht der Hofbericht. Wie viel „kleine Stäbe" und Eisenbahnzüge zur Gesundung der deutschen Wirtschaft noch nach der Riviera abgedampft sind, darüber wird uns Zurückbleibenden nichts verraten. Wieviel Züge voll Kühe, Lakaien und Schreiber sie mitgenommen haben, ebenfalls nicht.

Der von der Reparationskommission für Deutschland aufgestellte Zahlungsplan für 1922 bedeutet eine Revision des vorjährigen Londoner Ultimatums. Das Londoner Ultimatum war eine Revision des „Friedensvertrages" von Versailles. Der „Versailler Vertrag", ist bekanntlich nach in Wiesbaden, Cannes und anderen Stellen revidiert. Durch diese Revisionen muß er seine ursprüngliche Gestalt wieder erlangt haben. Denn in Genua soll an diesem nichts geändert werden, wie Lloyd George und Poincaré in Boulogne beschlossen haben.

Die Reparationskommission verlangte, daß unverzüglich in das Studium einer Auslandsanleihe für Deutschland eingetreten werden soll. Diese Anleihe beschäftigt Gläubiger wie Schuldner schon seit Jahren. In Genua wird sie wahrscheinlich Gestalt bekommen. Wenn diese Anleihe — nach den Berechnungen der Schuldenmachermatter — beiden Teilen Vorteil bringen soll, kann sie also nur dem Proletariat schädlich sein.

Sollen diese gepumpten Gelder dazu dienen, Deutschlands rückständige Lieferungsschulden zu begleichen, so heißt das auf dem Regen unter die Traufe kommen. Denn die rückständigen Lieferungen werden mit 5 Prozent verzinst und die Anleihe ebenfalls. Beide Mittel erhöhen und verlängern die Schuldknechtschaft des deutschen und des Elend des ausländischen Proletariats. In der Tat ist der ganze Schwindel denn auch nur die unregierte Angelegenheit der Bourgeoisie. Es ist ein Bindemittel der Klassenkampffront des internationalen Kapitals gegen das Weltproletariat.

*

England verlangt, daß die deutsche Industrie eine 20prozentige Ausfuhrabgabe (die dem deutschen Kapital auf Reparationskonto gutgeschrieben wird) auch dann entrichten soll, wenn die deutschen Inlandspreise die Weltmarktpreise erreicht haben. Das bedeutet, daß auch diejenigen Industrien, welche Qualitätsoder Spezialartikel erzeugen, die sich trotz Weltmarktpreisen auf dem Inlandsmarkt behaupten können, fortlaufend oder eingeschränkt werden müssen. Denn niemand kann im Auslande Waren absetzen, deren Preise sich zusammensetzen aus: Weltmarktpreis plus Frachtkosten plus 25 Prozent Ausfuhrabgabe.

Das deutsche Proletariat wird gezwungen werden, sich die Produktionsmittel durch Kampf anzueignen, um die Produkte für sich zu verbrauchen. Es wird gezwungen werden, das Glis zu ernehmen, um den übrigen westeuropäischen Arbeitern die Bahn zu ebnen, ihren Kapitalismus zu beseitigen. Um ihre Produkte gegen Rohstoffe und Lebensmittel von Proletariat zu Proletariat auszutauschen.

*

Aber nicht nur der westeuropäische Kapitalismus hat seine Sachwalter nach dem Süden geschickt zur Gesundung. Das amtliche deutsche Wolffs Telegraphenbureau (W.T.B.) versandte am 1. April folgende Meldung:

„Heute um 1 Uhr mittags ist die für Genua bestimmte russische Delegation unter Führung des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, in Berlin eingetroffen. Zum Empfange auf dem Bahnhofe hatten sich die Herren der hiesigen Sowjetvertretung und als Vertreter des Auswärtigen Amts Ministerialdirektor Freiherr v. Maltzan, Legationsrat Hausschild und Legationssekretär Schmidt-Rolke eingefunden. Die Herren fuhren unmittelbar von der Bahn nach den für sie bestimmten Hotels."

Nach der „Roten Fahne" herrscht in Rußland die „Diktatur des Proletariats". Tschitscherin ist ein Fürst und ist sicherlich nicht von den verlumpenden russischen Proletariern nach Genua geschickt, um Verständigung zu feiern mit denen, die ihr Elend verschuldet haben.

Wirtschaftliche Rundschau

Große Ereignisse werfen ihre Schatten immer voraus. Genua soll die konkrete Weltwirtschaft reorganisieren. Bis dahin versucht man die Plattform zu ebnen. In der ganzen Industriewelt kämpft das Kapital um Lohnherabsetzung und Steigerung des Arbeitsertrages durch Arbeitszeitverlängerung. In Frankreich haben die Gewerkschaften trotz der rapid steigenden Verteuerung der Lebenshaltung einer allgemeinen Lohnerhöhungsplan kampflos zugestimmt. Die Bergarbeiter haben eine Herabsetzung des Tagelohnes um 3,25 Fr. (= fast 100 M.) erlitten. Die Ursachen sind in den niedrigen Löhnen der deutschen Arbeiterschaft zu suchen, die der deutschen Industrie ermöglichte, die französische vom Markt zu verdrängen. Besonders deutlich tritt das bei den Kohlen in Erscheinung. Die deutsche Reparationskohle hat französische Bergwerke stillgelegt und den französischen Bergwerksmagnaten trotzdem Riesengewinne gebracht. Durch den niedrigen Preis der deutschen Reparationskohle ist der Kohlenpreis in ganz Europa gedrückt. Die Kohle aber ist der Preisregulator für alle Waren und der Grundstoff für den gesamten industriellen Produktionsprozeß. Die Ausfuhr der deutschen Kohle erzeugt Arbeitslosigkeit in Deutschland. Stillegung der Schachtanlagen, Einschränkung der Produktion und Drosselung der Produktion verursacht wieder Warenmangel; die Herabsetzung der Löhne aber vermindert die Kaufkraft und dadurch wieder die Produktion bzw. Ausfuhr der Produkte zu Schleuderpreisen.

Im Auslande wieder legt die deutsche Schleuderkonkurrenz die Industrie still, verursacht Arbeitslosigkeit und Lohnherabsetzung. Kurz: die deutschen Kulislöhne verdrängen das Proletariat der ganzen Welt und stürzen den internationalen Kapitalismus.

*

Natürlich sind die deutschen Kulislöhne nicht die Ursache der zerrütteten Weltwirtschaft, sondern die Wirkung derselben. Die am 10. April in Genua beginnende Konferenz wird daran nichts ändern. Ja, sie wird es auch gar nicht versuchen. Das beweist ja eben der Angriff des internationalen Kapitals auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Weltproletariats. Die Genueser Konferenz will auch nur die Gesundung des Kapitals auf Kosten der Verelendung der Arbeiterklasse. Das führt aber zu weiterer Zerrüttung der Weltwirtschaft. Es sei denn, es legen sich hundert Millionen Menschen hin und verhungern freiwillig. Verhungern aber müssen diese hundert Millionen sonder den russischen, wenn sie sich nicht auraufen und das ganze kapitalistische Schwindelschabbe über den Haufen werfen und durch die Revolution die Todesstrafe des Kapitals beenden.

*

Die bürgerliche Aufbaupresse hält zur „Freiheit" befingt Genua als einen „Sieg der weltwirtschaftlichen Vernunft". Alle werden selbstverständlich überrumpelt von der „Roten Fahne". Sie weist den Exzellenzen in Genua diese Aufgabe zu:

„Das, was bisher die einzelnen Staaten mit unzulänglichen Mitteln versuchten, das sollte einer gemeinsamen Konferenz aller europäischen Staaten gelingen: vor allem die Absatzkrise zu beheben, die in Europa eine Reservearmee von etwa 4 Millionen erwerbslosen Proletariern geschaffen hat, die zerbrochenen Austauschbeziehungen wieder herzustellen, die Schleuderkonkurrenz der valutaschwachen Länder zu beseitigen, diese valutaschwachen Länder wieder zu Abnehmern von Waren aus den valutastarken Ländern im großen Maßstab zu machen, insbesondere aber den gewaltigen russischen Markt nach acht Jahren wiederkapitalistischer Wirtschaft Europas zu öffnen ... eine gemeinsame Aktion des gesamten internationalen Proletariats ist die einzige Kraft, den Weg zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft zu beschreiten."

Daß diese hungernden Millionen und die verelendeten Abermillionen den Kapitalismus stürzen und sich das Leben lebenswert machen könnten, das fällt diesen Exzellenzen nicht mehr ein. Daß die kommunistische Weltwirtschaftsordnung Lebensmittel und Gebrauchsgüter dreimal soviel herstellen könnte, als für alle Lebenden nötig wäre, davon sagt die „Rote Fahne" nichts. Die Ministersessel der Arbeiterregierung werden wahrscheinlich auch ihre Schatten voraus werfen.

*

Während die scheinbar schon aus aller Nähe winkenden Ministersächlein und Machtpositionen der Proletarierbourgeoisie „weltwirtschaftliche Vernunft" vorgaukeln, verschärft sich die Wirtschaftskrise des Kapitalismus und das Elend des Proletariats von Tag zu Tag. Die Arbeitslosigkeit steigt in Deutschland nur langsam, aber absolut beständig. Sie steigt, trotzdem gerade jetzt die Landwirtschaft Arbeiterentlassungen in größerem Maßstabe vorgenommen hat. Die Verelendung des deutschen Proletariats steigt indes bedeutend schneller. Die Wirtschaftsstatistik der sehr gut unterrichteten kapitalistischen „Frankfurter Zeitung" zeigt heute (10. April) eine 6fache Durchschnittspreissteigerung aller Lebensbedürfnisse auf. Der Durchschnitt der Löhne ganz Deutschlands dürfte aber wohl kaum das 3fache überstiegen.

In England hat die Arbeitslosenziffer bei 2 Millionen fast 17 Prozent) überschritten. Einschließlich deren Angehörigen leben mehr als 5 Millionen von Unterstützung. Von 487 Hochöfen sind nur 90 in Betrieb. In anderen Industrien ist es ähnlich. Hart leidet die Textilwarenindustrie. Selbst die verminderte Produktion findet schwer Absatz, da die Kolonien infolge eigener Industrialisierung als Abnehmer immer mehr wegfallen.

In Italien steigt die Arbeitslosigkeit ziemlich schnell. Es zählt (nach amtlicher Statistik) rund 550 000 völlig Erwerbslose. Prozentual hat es England erreicht.

In der Schweiz gibt es etwa 100 000 Arbeitslose; d. h. mehr als ein Drittel des gesamten schweizerischen Proletariats ist arbeitslos. In Dänemark ist die Arbeitslosigkeit auf 29 Prozent und in Schweden auf 56 Prozent gestiegen.

*

Die deutsche Delegation hat nach Genua eine „aktive" Handelsbilanz mitgenommen, um damit zu beweisen, daß die preußische Demokratie gesund ist und die richtigen Wege wandelt. (Daß sie falsch ist, werden wir in einer der nächsten Nummern noch beweisen.) Inzwischen kommt aber der letzte Reichsbankausweis mit einer Vermehrung des Papiergeldbestands von achtein halb Milliarden Mark in einer Woche (!) heraus. Das ist der Rekord der Weltgeschichte (wenn man von Rußland absieht); er muß die Preissteigerung in nie dagewesener Weise fördern.

Anders „arbeitet" die Industrie, soweit es den Profit betrifft. Die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Bremen gibt einen riesig langen Jahresbericht heraus, in dem über allerhand Ueberzeugt wird, die mit der Jetztzeit zusammenhängen. Die Bilanzen der Grundindustrie werden unverständlicher für den Laien und wohlstiftlerter, je höher die Gewinne sind. Aus dieser Bilanz läßt sich mühselig zusammenstellen, was den Proletarier angeht: die Gesellschaft hat ein Kapital von 45 Millionen Mark. Um die Dividenden zu versichern, hat sie eine Umwandlung vollbindenbenberechtigte Genußscheine (Gewinnaktien) herausgegeben. In den letzten beiden Jahren zusammen 22½ Millionen und für dieses Jahr eben falls 22½ Millionen Mark. Auf Aktien und Genußscheine werden 32 Prozent Dividende ausgeschüttet. Das ist eine Bauausschätzung von 64 Prozent auf das Aktienkapital. Die Genußscheine selbst repräsentieren einen hohen Wert. Nach sehr hohen Abschreibungen sind außerdem noch 50 Millionen zurückgestellt. Trotz aller Bilanzverschleierung läßt sich ein Profit von mehr als 200 Prozent herausrechnen. Wahrscheinlich übersteigt er sogar 300 Prozent.

Die Löhne der Arbeiterinnen dieser Industrie haben wir unter Gewerkschaftlicher Rundschau in dem Aufsatz „Gebirnverfüsterung" gebracht. Sie gehen bis unter 4 Mark die Stunde für ältere Arbeiterinnen herab.

Landarbeiterstreik in Thüringen

Das Landproletariat wird im Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit zweifellos eine der wichtigsten Rollen spielen. Nur in engster Kampfgemeinschaft mit den Proletariern der Landwirtschaft werden wir den Sieg an unsere Fahnen heften. Das stellen auch die Konterrevolutionäre bei allen ihren Machenschaften in Rechnung. Das ist der Grund, weshalb zwischen Junkern, Gewerkschaftern und sozialdemokratischen Parteien die engste Seelengemeinschaft besteht. Diese wird keineswegs getrübt durch die Scheingefechte zwischen diesen Gleichgesinnten in den Parlamenten, sondern nur verschärfert.

Das haben die Landarbeiter in Thüringen durchschaut. Sie haben den gewerkschaftlichen Schildhaltern des Kapitals den Gehorsam versagt und den Junkern die Arbeit wie die Füße geworfen. Der Verrat der Bonzen am Landproletariat ist himmelschreiend. Die Herren haben mit dem Arbeitsbeschaffenden einen Tarif abgeschlossen mit 4,70 M. Stundenlohn einschließlich aller Lieferungen von Naturalien. Dazu kommt eine „Wohnung", von der sich nur derjenige einen Begriff machen kann, der diese Löcher aus eigener Anschauung kennt.

In Versammlungen und Konferenzen forderten die Arbeiter die Kreisleitung Gotha des Deutschen Landarbeiterverbandes auf, neue Lohnforderungen zu stellen. Die Bonzen weigerten sich und vertrösteten die Arbeiter bis die wichtigste Arbeit geleistet ist und die Junker wieder die Macht haben. Da der Hauptvorstand antwortete auf telegraphische Anfrage nicht einmal. Die Arbeiter jagten die Kreisleitung zum Teufel, traten in den Streik und stellten den Agrariern ein Ultimatum auf 10 M. Stundenlohn und Herabsetzung der Arbeitszeit von 2800 auf 2400 Stunden jährlich und sind im Falle der Nichtbewilligung bereit, die Maschinenarbeiten einzustellen. Was wir auch allen Streiks, die den Kapitalisten unangenehm sind, kennen, ist auch hier Selbstverständlichkeit: die thüringische „Arbeiterregierung" („reinsozialistisch"), die Gewerkschaften, sozialdemokratische Parteien, Staatsanwälte, Sipo und Technische Nothilfe bilden eine „Einheitsfront" gegen die kämpfenden Proletarier.

Der sozialdemokratische Landrat Dr. Heine, Eschersleben (Magdeburg), erläßt in bürgerlichen Zeitungen eine Bekanntmachung, in der es u. a. heißt: „In einigen Landgemeinden kam. Gutsbezirken an der Peripherie des Kreises ist ein „wilder" (!) Landarbeiterstreik ausgebrochen . . . In den Orten, wo gestreikt wird und sogar keine Notstandsarbeiten verrichtet werden, habe ich im Interesse der allgemeinen Volksernährung sofort das Einsetzen der Technischen Nothilfe veranlaßt. Für die Sicherheit der Arbeiten der Nothilfe habe ich den erforderlichen polizeilichen Schutz angeordnet."

Zu diesem verlogenen Machwerk muß erklärt werden, daß dieser Streik durch Urabstimmung, in manchen Gemeinden einstimmig, zustande kam. Der ganze sozialdemokratische Blätterwald wirft Schmutz gegen die Streikenden. Die „Freiheit" und ihre Seelenverwandschaft wittert natürlich einen „Kommunistenputsch". Die Arbeiter entsandten eine Deputation zur Regierung, und über diese bellt die „Bannerträgerin" so:

„Die Kommunisten haben sich mit dem Arbeitsminister in Verbindung gesetzt, um eine Aussprache mit ihm herbeizuführen. Der Reichsarbeitsminister hat durchaus mit Recht ebenso wie die Arbeitgeber jede Verhandlung mit ihnen abgelehnt."

Der Landarbeiterverband versendet ein Rundschreiben an die Presse, in dem es heißt:

„Mit aller Bestimmtheit sei zum Ausdruck gebracht, daß die Landarbeiter, die ohne Beachtung der Verbandssatzungen zum Streik auffordern oder ihn fördern, sich außerhalb des Verbandes stellen."

Die Arbeiter gehen auf diese Hetze die richtige Antwort. Der Streik dehnt sich aus. Es dürften rund 2000 Landarbeiter bis jetzt streiken. An vielen Orten haben die Arbeiter durch Urabstimmung beschlossen, in den Sympathiestreik zu treten und die gleichen Forderungen aufzustellen.

Die Schweizer (Melker) sind bereit, das Melken der Kühe usw. einzustellen. In einer Mitgliederversammlung des „Allgemeinen Schweizerbundes" in Gotha wurde eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Die Versammelten betrachten den Lohnkampf der Landarbeiter als eine Lebensnotwendigkeit. Ihre Niederlage ist unsere Niederlage! Ihr Sieg ist unser Sieg! Die heute versammelten Schweizer rufen alle Kollegen auf, sich mit den kämpfenden Landarbeitern in brüderlicher Solidarität zu vereinen und sich bereit zu halten, um, wenn der Ruf an uns ergeht, sofort geschlossen mit in den Kampf der Landarbeiter einzutreten."

Auch die Industriearbeiter vieler Städte sind bereit, in den Streik zu treten, falls nicht die Technische Nothilfe und Schupo zurückgezogen werden. Vorderhand unterstützen sie die Streikenden mit Geld. Die Haltung der Landproletarier aber und ihr Kampfesmut ist vorzüglich, trotzdem ihnen die Gewerkschaften die Unterstützung versagt haben.

Die Landproletarier können ihrem Schicksal als Proletarier ebensowenig entgehen als das Industrieproletariat. Nur der Zusammenschluß des Proletariats an der Werkstätte und auf dem Lande, und der gemeinsame Kampf um die Macht als Klasse wird die Rettung vor dem Untergang bedeuten.

Aus den Gewerkschaften

Gehirnverkleisterung

Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung" übertrifft in der Verblödung der Massen noch den „Courier". Neben Gedichten von Geibel und Uhland bringt die Nummer vom 5. April 1922 einen Artikel über die Lohnverhältnisse der Textilarbeiterinnen, in dem es u. a. heißt:

„Der Deutsche Textilarbeiterverband, dessen Mitgliedschaft zu zwei Drittteln aus Arbeiterinnen besteht, hat, darüber ist in dieser Zeitung schon das öfteren berichtet worden, die Löhne der Arbeiterinnen den Teuerungsverhältnissen anzupassen gewußt. Die Entwicklung der Löhne tritt hier um so sinnfälliger in Erscheinung, als die Löhne der Textilarbeiterinnen früher trotz der Bedeutung der deutschen Textilindustrie niedriger als die Arbeiterinnenlöhne anderer Industrien waren. Die fortgesetzte Erhöhung der Tariflöhne im abgelaufenen Jahr hat wieder zu einer wesentlichen Steigerung der Arbeiterinnenlöhne geführt, so daß ältere Arbeiterinnen heute, zahlenmäßig betrachtet, in einer Arbeitsstunde mehr verdienen als früher an einem Arbeitstag oder einer Arbeitswoche."

Diese tonsche Gewerkschaft hat ein Tarifamt, das gleich 20 (dreißig) Lohngruppen festgesetzt hat. Das Blatt führt dann die Stundenlöhne dieser Gruppen aus. Sie bewegen sich zwischen 4 M. und 6,50 M. in den meisten Gruppen. In einigen wenigen Gruppen steigen sie bis 7,50 M., ganz vereinzelt bis 8,40 M.

Selbstverständlich hat jede Lohngruppe wiederum eine ganze Menge Ausnahmen. Das ist die Ursache, weshalb die Bürokratie so hübsch viel Arbeiten hat und immer mehr Beamte braucht. Und diese brauchen Gehälter und die Mitglieder blechen. Diejenigen Beamten, für die in den Tarifämtern beim besten Willen kein Platz mehr ist, schreiben unsinniges Zeug in die Zeitung, daß die Mitglieder immer dümmer werden, immer mehr blechen und immer mehr Beamte entstehen. Das Blatt schließt den tiefsinnigen Artikel: „Eine Durchsicht der in den beiden genannten Monaten abgeschlossenen Tarife ergibt, daß es nur in ganz vereinzelten Fällen Arbeiterinnen über 20 Jahre gibt, deren Stundenlohn 4 Mark nicht ganz erreicht, einige Fälle sind aber schon zu verzeichnen, wo Arbeiterinnen einen tariflichen Stundenlohn von 13,30 M. haben, gleich den Männern, und bei Akkordarbeit über diesen Lohn weit hinauskommen. Zieht man in Betracht, daß vor und während des Krieges bei den Textilarbeiterinnen Stundenlöhne von 15, 20 und 25 Pf. keine Seltenheit waren und ein Wochenlohn von 15 M. schon als ein hoher galt, die Arbeitszeit damals 58 Stunden, heute 46 Stunden wöchentlich beträgt, so hat sich in der Tat eine gründliche Wandlung vollzogen."

Da die Arbeiterinnen im Textilarbeiterverband ja die „gesteigerte" Majorität von zwei Drittel haben, sollten sie bei ihren Bureaukraten auch mal eine „gründliche Wandlung" vollziehen und ihre Löhne auf nicht ganz 4 M. die Stunde steigern. Denn zweifellos gehört zu solch unsinniger Schreibarbeit in der Zeitung und im Tarifamt weniger Geist und Kraft als zur Arbeit der Textilarbeiterinnen.

*

Die „Metallarbeiter-Zeitung" dagegen setzt bei ihren Lesern schon ohne weiteres voraus, daß sie sich bei diesen Lohnen gründlich und übel fühlen wie im Schlaraffenland. Nur verlangt sie ihnen plausibel zu machen, daß sie dieses Schlemmerleben den Gewerkschaften zu verdanken haben. In ihrer Nr. 13 schreibt sie: „Ein Arbeiter, eine Arbeiterin, die auskömmliche Lohn- und Arbeitsbedingungen erfordern, sind verpflichtet, sich ihrer Organisation anzuschließen und mitzuhelfen. Nun sie dies nicht, sondern

Die Pariser Kommune

Der Aufstand des Pariser Proletariats und des Kleinbürgertums, der zur Errichtung der revolutionären Kommune führte, war nicht die Erscheinung einer einheitlichen Klasse mit festen Klassenzielen. Es ist heute so viel von der Einheitsfront die Rede. Wohin aber eine nur äußerliche Einigkeit führen muß, sehen wir an dem Beispiel der Pariser Kommune. Wie die deutsche Arbeiterschaft mitsamt breiten Schichten des Bürgertums in den Kampftagen auch einig waren und wie gerade in dieser „Einigkeit" die Schwäche der ganzen Abwehrbewegung begründet war — so ähnlich war es auch im Frühjahr 1871 in Paris. Alle die verschiedensten Richtungen und Schichten, Proudhonianer, Blanquisten, Neujakobiner, sie waren zusammen für Herz und eine Seele.

Und eben darin lag ein Hauptgrund der Schwäche. Die Kraft und die Energie mußten ja nicht sein, wenn so verschiedene Richtungen alle an einem Strang ziehen wollten. Nie ist die Kommune mit einem bestimmten Programm hervorgetreten. Sie hatte keinen festen einheitlichen Willen, kein klares Ziel. Sie repräsentierte kein lebensfähiges Ganzes. Diese Zwiespältigkeit mußte sich in allen ihren äußerlichen Handlungen zeigen. Und wird zum zweiten mal auch, wie wir noch später sehen werden, in ihren militärischen Operationen.

Trotz alledem nannten wir sie die Kaiserin des proletarischen Staates. Tatsächlich sind hier fast alle wesentlichen Merkmale der Räudiktatur in der Kaiserin zu erkennen: die Vereinigung der bis dahin getrennten drei Gewalten, die gesetzgebende, die vollziehende und die ausübende.

Die ganze Regierungsgewalt wurde von zehn Kommissionen geleistet. Je eine für die Exekutive, das Militär, die Finanzen, öffentliche Sicherheit, Beschaffung von Lebensmitteln, für den öffentlichen Dienst, den Unterricht, die auswärtigen Beziehungen, für Arbeit und für Austausch teilten sich in die Arbeiten. Das Gehalt für alle Mitglieder der Kommune betrug nicht mehr als sechzigtausend Mark, eine im Verhältnis zu den Gehältern, die Napoleons Minister und Günstlinge bezogen, lächerlich geringe Summe. Dieses Gehalt wurde aber nicht einmal in allen Fällen gezahlt, sondern war meist viel geringer.

Ueberhaupt verdient bemerkt zu werden, daß die über jeden Zweifel erhabene Ehrenhaftigkeit der Kommune-Regierung in allem, was den Geldpunkt anlangt, sich geradezu glänzend von der ungeheuren Korruption abhebt, die das charakteristische Merkmal der letzten Regierungen Frankreichs gewesen war. Sogar ein Johannes Scherr sagt in seiner Bebelschrift: „Das rote Quartal": „Die Finanzen der Kommune wurden vom Bürger Jourde ebenso geschickt als gewissenhaft verwaltet . . ." (S. 64). Das ganze ungeheure Vermögen der Bank von Frankreich war in der Gewalt der Kommune, und es wurde nicht oder doch kaum angetastet. Die Festung des Kapitals hatte mächtig keine eifrigeren Beschützer als die Kommune.

Wir sagten schon, daß man von einer so verschieden gearteten Körperschaft keine einheitliche und noch viel weniger eine klare revolutionäre Politik erwarten darf. Gelähmt wie sie war, und wider ihren Willen zur Macht gekommen, mußte sie dann nichts rechtes mit dieser Macht anzufangen. Aber auch noch aus einem anderen Grunde konnten alle ihre sozialpolitischen Maßnahmen nur Ansätze sein. Wohl sahen in der Kommune auch revolutionäre Sozialisten; aber von einer Vermittlung von konsequent sozialistischer Politik konnte schon deswegen keine Rede sein, weil die Zeit dazu fehlte. Sie war vollauf mit ihrer Verteidigung in Anspruch genommen und — brauchte hierzu auch die Kleinbürger. Deswegen ist es aber auch so unsinnig, wenn man aus der Niederlage der Kommune folgert, diese Niederlage sei ein Beweis für die Unausführbarkeit des Sozialismus.

Was somit an sozialpolitischen Aufgaben erledigt werden konnte, waren im wesentlichen nur die dringendsten Tagesaufgaben. Der Aufstand der Mieter von Oktober 1870 bis Juli 1871 wird wiederholt. Das war bei der großen Not der Bevölkerung sehr notwendig. War doch der größte Teil der Pariser seit Ausbruch des Krieges ohne Arbeit und Verdienst, außer dem kärglichen Sold der Nationalgarde.

Für das zahlreiche Gesindel treibende Kleinbürgertum war die Verschiebung der Verfallstermine der Wechsel von nicht geringerer Wichtigkeit. Beide Schichten waren an der Suspension der Verkäufe der verpfändeten Gegenstände interessiert. Auch diese wurde verfügt. Dann erließ die Kommune eine Verordnung, wonach Lohnzahlung, bis dahin in Paris sehr verbreitet, nicht mehr zulässig war. Für die Bäckergesellen war das Verbot der Nachtarbeit ein gewiß nicht unbedeutender sozialer Fortschritt. Für alle Arbeiter aber war wichtig die Festsetzung eines Minimallohnes bei allen von der Kommune zu vergebenden Arbeiten.

Viel wichtiger aber, ja von großer grundsätzlicher Bedeutung war das Gesetz vom 16. April, wonach alle Betriebe, deren Besitzer die Stadt verlassen hatten, den Arbeiter-Produktivgenossenschaften übergeben werden sollten. In den wenigen Wochen, die zu leben der Kommune noch vergönnt war, kam dieses Gesetz natürlich nicht mehr zur vollen Wirkung. Es zeigt uns aber doch, daß die rührigen Kommunemitglieder sehr wohl ihre sozialistischen Ideen zur Geltung zu bringen wußten, soweit das unter den äußerst ungünstigen Umständen überhaupt möglich war. Was aber aus ihnen geworden wäre, wenn sie Zeit gehabt hätten, solches Gesetz zeigen uns — neben einer Reihe anderer — besonders deutlich die Grundsätze einer neuen Gesellschaftsordnung an. Es wurde nämlich festgesetzt, daß fortan kein Unterschied mehr bestehen solle zwischen ehelichen und unehelichen Kindern. Weiter wurde die Trennung von Kirche und Staat ausgesprochen und keine öffentlichen Mittel mehr für kirchliche Zwecke verwendet.

Wie wenig berechtigt der Vorwurf des Fanatismus der Kommunemitglieder ist, ergibt sich daraus, daß die Führer für die Opfer des Bürgerkrieges sich auf die Urheberinnen ihrer schlimmsten Feinde, der Versailler erstreckte. „Für die Witwen gibt es keine feindlichen Fahnen. Die Republik hat Brot für alles Elend und Küsse für alle Waffen."

Wir sahen, daß die Kommune ihre Mitschuld, besonders die Gelder aus dem Kasten von Frankreich, gar nicht ausnützte. Das war ein schwerer Fehler. Ueberhaupt kann man an dem Spiel der Kommune nur allzu deutlich verfolgen, wie wenig in der Politik und im Kriege, am allermeisten aber im Bürgerkriege, Halbheiten und Sentimentalitäten angebracht sind. Zu rücksichtsvoll immer. So war's auch mit der Polizei in der Kommune. Sie niemals etwas entdeckte. Bürgerliche Zeitungen, die mit gegen von der Polizei verboten worden, erschienen abends und wurden auf allen Boulevards ausgerufen. Zu wirklich durchgreifenden Maßregeln konnte man sich nicht entschließen. Das ging sogar so weit, daß Lissagaran in seiner Geschichte der Kommune sagen konnte: „Ihr Mißtrauen gegen die Polizei ist ein Verbrechen."

Ein schweres Versäumnis war es auch nach Ansicht von Lissagaran, daß man sich nicht sofort mit der Provinz in Verbindung setzte. In allen größeren Städten Frankreichs entstanden Bewegungen mit ähnlichen Tendenzen wie in Paris. Alle wollten Paris helfen und Paris bedarf zweiundzwanzig Tage eine Armee an die Provinz, die dann glücklich herbeiging, aber als alle Bemühungen dort niedergeschlagen waren.

Trotz alledem leistete man in manchen Kommissionen das gute Arbeit. So z. B. bei den Finanzen, die, als die Kommune zusammenbrach, in bester Ordnung befunden wurden. Mustergültig arbeitete auch der Postdirektor Theisz, der in seinem bürgerlichen Berufe Sklaven war. Er fand, als er seinen Posten antreten wollte, alles in größter Unordnung. Alle höheren Beamten waren nach Versailles geflüchtet. Merken und sorgfältige Gegenstände versteckt. Von den vorhandenen Beamten zeigten die meisten zunächst keine Lust, unter dem neuen Chef ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. In ganz kurzer Zeit war großer Verkehr in normalem Gang. Und doch fanden sich für Unterbeamte zur Verfügung.

Ein schönes Beispiel des Geistes der trotz aller

Kampfes für sich in Anspruch, ohne zu den Erfolgen beigetragen zu haben, so sind sie elende Schmarotzer, die die Früchte fremder Arbeit verzehren."

Warum sollte auch jemand, der mit Gewerkschaftsdisziplin erfüllt ist, schließlich nicht glauben, daß er der Bonzen Früchte verzehrt? Es gibt ja tatsächlich noch Gewerkschaften, die die Mitgliederbeiträge nicht vollständig für Beamtengehälter verbrauchen, sondern noch alljährlich einige Prozent für den „gewerkschaftlichen Kampf", d. h. zum Abwürgen von Streiks verbrauchen

„Arbeitsfrieden".

Das Arbeitsgericht in Kristiania (Norwegen) hat einen Schiedsspruch gefällt, daß Nichtorganisierte aus dem Tarifvertrag zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber keine Rechte ableiten können. Sie sind weder an den Tarif, noch an den vereinbarten „Arbeitsfrieden" gebunden. Nun besteht in Norwegen aber eine Verordnung, daß kein Arbeiter unter den vereinbarten Tariflöhnen eingestellt werden darf.

Die logische Folge des Schiedsspruches ist also: Unorganisierte werden mit einem Lohnsatz eingestellt, der dem Tarif entspricht. Da sie nicht an den „Arbeitsfrieden" gebunden sind, können sie sich jederzeit höhere Löhne erkämpfen und können für den „Friedensbruch" nicht haftbar gemacht werden. Die gewerkschaftsdisziplinierten Proletarier scheinen das als Zurücksetzung empfunden haben. Denn das Mitteilungsblatt des Norwegischen Gewerkschaftsbundes bringt einen Verabsäumungsartikel, in dem es dem Sinne nach heißt: „Jetzt erst recht werden die Arbeitgeber die Organisierten bei der Einstellung berücksichtigen, weil sie Wert darauf legen, den vereinbarten Arbeitsfrieden aufrecht zu erhalten."

In der Tat, das werden die Unternehmer tun. Sie werden es gerne tun. Denn erstens wahrt der Gewerkschaftler den „Arbeitsfrieden", zweitens schuftet er billiger und drittens wird er nicht meckern, wenn der Pascha ihm einen Tritt gegen den — Allerwertesten versetzt.

Schon wieder einer

Die Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes veröffentlicht in der Breslauer „Volkswacht" nachstehende Warnung:

„Der frühere Kreisleiter für den Kreis Strehlen, Alfred Schmidtchen, ist vom deutschnationalen Zentralverband als Kreisleiter angestellt worden. Schmidtchen wurde vom Vorstand des ZDB. entlassen, weil er aus den Ortsgruppen große Summen Gelder einzog und sie für sich verwendete, anstatt sie an den Verbandsvorstand abzuführen. Außerdem hat er auch Gelder aus Beitragsmarken, die er selbst vernendete, unterschlagen. Gegen Schmidtchen ist deshalb von seiten der Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren anhängig gemacht. Wir warnen die Mitglieder des ZDB. vor Schmidtchen, im Falle er sich etwa als Kreisleiter des ZDB. vorstellt. Der Zentralverband nimmt unredliche, vom RLB. entlassene Kreisleiter mit offenen Armen auf, um sie auf uns loszulassen. Sollte Schmidtchen etwa den Mut haben, in unsere Ortsgruppen zu kommen, erwarten wir, daß unsere Kollegen ihm zeigen, wo die Tür ist."

Dieser Schmidtchen ist nicht der schlechteste „Arbeiterführer", obgleich von einigen Dutzend anderen, die es ebenso machten. Diese Leute sind immerhin ehrlich genug, mit dem Wechsel ihres Bruderrocks auch ihre „Gesinnung" nach außen hin zur Schau zu tragen. Wieviel Tausende aber von diesen Burschen stehen um guten Lohn im Dienste der Unternehmer, und sind noch heute in den Arbeiterorganisationen in Amt und Würden? Wie viel von den bezahlten sechsgestaltigen Gewerkschaftsbeamten, die Vampiren gleich am Mark der Arbeiterklasse zehren, würden in Dienste der Arbeiterbewegung bleiben, wenn die Proletarier ihnen die Futterkrippe entzögen? Solche Schmidtchen, Kloth und Konsorten gibt es ungezählte Tausende und werden durch das System der Gewerkschaften und Führerparteien tagtäglich immer wieder gezüchtet. Sie hören erst auf, wenn die Proletarier ihren Organisationsapparat selbst in die Hand nehmen und bezahlte Führer überflüssig machen, wie es in der AAUI. und KAPD. der Fall ist.

Aus der Union

Leitsätze zur Taktik

Der ZRAU. der Union stellt hiermit folgende Leitsätze zur Diskussion:

I.

Nach den ersten stürmischen Schritten ist die Revolution in ein langsameres Tempo geraten. Die Konterrevolution hat sich politisch gefestigt. Auch in wirtschaftlicher Beziehung macht das Kapital die vorgezeichneten Anstrengungen, sich wieder aufzubauen. Sein Wiederaufbau kann ihm aber nur glücken, wenn es ihm gelingt, seine Reproduktionsbasis zu erweitern, Produktion und Absatz miteinander in Einklang zu bringen und das Proletariat in den Dienst des Wiederaufbaues zu stellen. Zu diesem Zweck spielt es sich neue Gebiete zu erschließen, wie Rußland, Sibirien, China, ruft internationale Konferenzen zur internationalen „Verständigung" ein, und sucht mit allen Mitteln die Sehnsucht des sozialen Friedens zu erzwingen und sich seinen ungeheuren Profit zu sichern, indem es Zuchthausgesetze für das Proletariat schafft und eine gelb-goldene Front der Gewerkschaften, des Privatkapitalismus und der parlamentarischen Parteien gegen das revolutionäre Proletariat herstellt.

Diese Versuche müssen scheitern. Der Weltkrieg läutete den endgültigen Zusammenbruch des Kapitalismus ein. Die Ordnung des Profits befindet sich in der entscheidenden Krise, die sich von den früheren Krisen dadurch unterscheidet, daß sie nur mit dem Tode dieser Ordnung ihren Abschluß finden kann.

Der Untergang des Kapitalismus und seine Anstrengungen, sich erneute Atempausen zu verschaffen, bedeutet für das Proletariat eine wachsende Steigerung seines Elends und fortschreitende Unsicherheit seiner Existenz bis zum völligen Untergang als Klasse.

Die Arbeiterklasse kann diesen Dingen nicht mit verschränkten Armen und knurrenden Magen zusehen. Sie muß alle Kräfte anspannen, um ihren Untergang aufzuhalten. Die Proletarier haben die historische Aufgabe, die Gegenkräfte der kapitalistischen Ordnung vermittelst ihrer Diktatur zu überwinden und eine neue Welt aufzubauen.

Der Kampf des Handelns und die Form der Mittel werden nicht vom Gefühl bestimmt, sondern bedingt von den gesellschaftlichen Gesetzen und ihrer Entwicklung.

I

Zur Führung des Kampfes um die Macht muß die Arbeiterklasse sich neue Organisationen schaffen und die alten Organisationsgebilde zerschlagen, weil sie auf Grund ihrer Entwicklung und ihrer Gliederung zu Stützen der Konterrevolution geworden sind. Die Arbeiterklasse muß die Gesetze der Revolution erkennen und den daraus gewonnenen Lehren Rechnung tragen. Die Arbeiterklasse muß sich, weil das Kapital mehr denn je seine Macht als Klasse im Produktionsprozeß aufrichtet, der Kapitalistenklasse ebenfalls als Klasse im Produktionsprozeß entgegenstellen. Die Arbeiterklasse muß brechen mit allem Reformismus. Reformismus ist in der Epoche der proletarischen Revolution die Vergeudung der Energie im Kampf um Etappenziele, die nur zur Stützung des Kapitalismus führt. Die Arbeiterklasse kann in der Todeskrise des Kapitals nur um ein Ziel kämpfen: um die Macht als Klasse. Der organisatorische und ideelle Niederschlag dieser Erkenntnis ist die **Allgemeine Arbeiter-Union.**

Die Unionisten haben keine vom übrigen Proletariat getrennte Interessen. Der Zusammenschluß und ihre Kampftaktik entspricht nicht Sonderinteressen, sondern lediglich der Erkenntnis und der Klassenlage des Proletariats sowie den bei Strafe des Unterganges der Arbeiterklasse notwendigen Aufgaben. Das Ringen um die Macht ist kein mechanischer Akt, sondern ein langwieriger Prozeß.

III.

In dieser Situation kann die proletarische Klasse innerhalb des Kapitalismus ihre Lebenslage nicht verbessern, sondern die Kapitalistenklasse wird alle Begleiterscheinungen der Krise auf das Proletariat abwälzen. Um das zu vollbringen, wird das Kapital alles tun, um die Arbeiterklasse zu spalten (durch Schaffung begünstigter Schichten usw.). Es provoziert einzelne Gruppen der Arbeiterklasse zum Streik, um sie mit Hilfe der Gewerkschaften zu isolieren und niederzuknüppeln. Die Kapitalistenklasse hat es weiter in der Hand, durch Stillegung ganzer Industriezweige die Proletarier durch Massenarbeitslosigkeit dem Elend zu überliefern. Jedoch, ob diese Handlungen Begleiterscheinungen oder Zwangsläufigkeiten der Krise sind oder sich in Form von direkten wirtschaftlichen Kämpfen äußern, in jedem Falle sucht das Kapital vermittelst dieser seiner Machtmittel die Arbeiterklasse kampfunfähig zu machen und die Klassensolidarität des Proletariats zu zerreißen.

Für die AAUI. muß deswegen die Solidarität im Klassenkampf oberstes Gebot sein.

IV.

Der Befreiungskampf der Arbeiter ist ein Klassenkampf. Ausbrechende Kämpfe können deshalb nur von der Gesamtbelegschaft der Betriebe, nicht durch Organisationen, seien es die Gewerkschaften, sei es die AAUI., geführt werden. Das muß oberster Grundsatz bei allen unseren Handlungen sein.

Bricht nun in einem Betriebe ein Lohnstreik aus, so haben unsere Genossen in dem Betrieb zu versuchen, demselben Ziel und Richtung zu geben. Sie haben darauf hinzuweisen, daß, so richtig es ist, daß die Arbeiterschaft den Kampf aufnimmt, sie durch diese Lohnkämpfe doch nur Augenblickserfolge erringen kann, die morgen schon wieder durch erhöhte Preise aufgehoben sind, daß die Teuerung, der Wucher, die Steuern sofort die erkämpfte Lohnanlage wegfressen, daß es infolgedessen notwendig ist, um die Eroberung der politischen Macht und die Uebernahme der Produktionsmittel zu kämpfen, daß die Losung nicht lauten muß: Verbesserung des Lohnsystems, sondern Abschaffung des Lohnsystems.

V.

Ist die Belegschaft mit der Umstellung des Kampfes ins politische Fahrwasser einverstanden, so ist zur Leitung des Streiks von der Belegschaft ein Aktionsausschuß zu wählen, in dem keine gesetzlichen Betriebsratsmitglieder und gegen das Räteprinzip verstoßende Gewerkschaftler sein dürfen, sondern einfache Arbeiter, gleichgültig welcher Parteirichtung. Innerhalb dieser Aktionsausschüsse haben die Unionsgenossen sich zur Fraktion zusammenzuschließen und die Führung der Kämpfe in die Hand zu nehmen. Durch die Führung der Kämpfe durch Aktionsausschüsse wird der Belegschaft das Bewußtsein eingeimpft, daß nur mit Durchbrechung aller Gesetze und nur gegen die Gewerkschaften und gesetzlichen Betriebsräte gekämpft werden kann.

Der Aktionsausschuß hat sofort zu versuchen, die Kampfbasis zu verbreitern. Er hat die Solidarität aller Betriebe auf der Grundlage des Kampfes um die Macht und Führung der Kämpfe durch Aktionsausschüsse anzurufen.

VI.

Wählt die Belegschaft einzelner Betriebe Aktionsausschüsse zur Führung des Kampfes, und folgt sie unseren Parolen, gelingt es aber trotzdem nicht, den Kampf auszuweiten und auf eine breite Basis zu stellen, so müssen die vorhandenen Aktionsausschüsse versuchen, die revolutionäre Situation so weit wie möglich vorwärts zu treiben. Wie weit ihnen das gelingt, hängt natürlich nicht allein von ihren Willen, sondern von der Gesamtsituation ab. Sie haben sich aber dabei vor Augen zu halten, daß die Macht nicht durch einen einzelnen Betrieb gegen den Willen des Proletariats erobert werden kann.

VII.

Weitet sich der Kampf nicht aus, und nimmt die Belegschaft von streikenden Betrieben unsere Losung nicht auf, wählen sie zur Führung des Kampfes keine Aktionsausschüsse, so haben unsere Genossen keinerlei Streikfunktionen zu übernehmen (z. B. in die Streikleitung eintreten, Streikposten stehen), haben den Verrat der Gewerkschaften an Hand dieses Kampfes bonzen darzulegen, haben aber im übrigen selbstverständlich Solidarität zu üben.

VIII.

Erst die Eroberung der politischen Macht und der Kampf um die Uebernahme der Produktionsmittel ermöglicht die Lösung aller wirtschaftlicher Probleme.

Der prov. Reichsarbeitsausschuß der AAUI.

Die Union Rheinland-Westfalens wirft die Spalter hinaus

Der „Klassenkampf", das Organ Rheinlands-Westfalens, wendet sich mit einem Aufruf an die Mitglieder der Union, dem wir folgendes entnehmen, wobei wir betonen, daß wir die Stellungnahme des „Klassenkampf" begrüßen und uns dem voll und ganz anschließen.

Achtung! Unionsgenossen!

Das wahnsinnige und verbrecherische Treiben einer neuen Spezis von Führern bedroht die Allg. Arb.-Union im Bezirk Rheinland und Westfalen. Man versucht es, hier im Bezirk die Union zu zerschlagen. —

Um was handelt es sich, was ist die Ursache zu diesem Beginnen?

Innerhalb der KAPD., derjenigen politischen Organisation, mit der wir aufs engste zusammengehen, und dessen Mitglieder auch unsere Mitglieder sind, haben sich in den letzten Wochen und Monaten bedauerliche Dinge abgespielt. Einige Genossen, vorwiegend Antiellektuelle, versuchen es, in striktem Gegensatz zum Geiste der KAPD., ihren persönlichen Willen gegen den Willen der Mitgliedschaft durchzusetzen. Es gelang ihnen nicht. Die Berliner Organisation der KAPD., der sie angehörten, verstand es, ihrem ungezügelten Ehrgeiz Schranken zu ziehen und stellte sie kalt. Darauf verlegten sie ihr Betätigungsfeld auf ein anderes Gebiet. Sie ersahen sich die internationale Bewegung zum Tummelplatz ihrer ehrgeizigen Machtpolitik. Und da ihnen nun das wachsame Auge der Berliner Genossen, die ihnen scharf auf die Finger sahen, unbequem wurde, drangen sie ein in die leitenden Stellen der AAUI. in Berlin, damit natürlich auch in deren Organ, dem „Kampfruf", und versuchten von dort aus die KAPD. in Berlin zu erledigen. So haben sie eine Zeit hindurch durch die uns allen bekannten Artikel: „Die Union was sie ist, und was sie nicht ist", den unmöglichsten Blödsinn verzapft, die Unionsgenossen, und damit auch die KAPD. durcheinander und gegeneinander gebracht.

Sie erbeben in diesen Artikeln gegen die Berliner KAPD., sowie nebenbei auch gegen die Union in Rheinland und Westfalen den Vorwurf des Reformismus und versuchten diesen Vorwurf durch eine eigens dafür konstruierte Theorie, die den einfachsten Begriffen des Klassenkampfes direkt ins Gesicht schlägt, zu beweisen. Die Berliner KAPD. sowie auch die Berliner AAUI. durchschauten ihr Treiben und schlossen diese Clique kurzerhand aus der Organisation aus. —

Genossen! Wir müssen darüber im klaren sein, daß sie auch an anderen Orten versuchen werden, den Keil in die Organisation hineinzutragen, sie haben es offen ausgesprochen. Wir brauchen euch nicht sagen, was ihr zu tun habt. Denn das ist das Erfreuliche an dieser unerquicklichen Geschichte: die Proletarier werden bis jetzt in diesem Streit im Handumdrehen mit diesen Leuten fertig. Hierzu zeigt sich am deutlichsten die Kraft und das Selbstbewußtsein des sich emporringenden klassenbewußten Proletariats.

*

Bezirk Südwest. Von den bestehenden 5 Ortsgruppen haben uns bisher drei mitgeteilt, daß sie unentwegt auf dem Programm der AAUI. stehen und den Führerindividualismus der ausgeschlossenen Mitglieder, die sich in Essen als „Hauptausschuß" etabliert haben, entschieden ablehnen. Es sind dies Frankfurt a. M.-West, Flörsheim und Heidelberg.

Die Ortsgruppen Heidelberg und Flörsheim senden uns einstimmig angenommene Resolutionen ein, die an beiden Orten in kombinierten Versammlungen der AAUI. und KPD. gefaßt wurden und ähnlich lauten. In beiden Resolutionen wird die in den bekannten Artikeln anempfohlene Taktik abgelehnt, sie stehen nach wie vor auf dem Boden der „Berliner Richtung" und verurteilen das Treiben des Akademikerklüngels, die aus persönlichen Motiven auf eine Spaltung der Union hinarbeiten.

Mitteilungen

Quittung.

Von Hameln: Pflichtbeitrag Januar—März 6,— und Umlage 12,—; Harpke: Umlage 90,—; Tellsigen: Umlage 150,—, für Bitterfeld 770,—; Hannover: Pflichtbeitrag 26,— und für BRUN. 670,— M.

Für Zeitungen gingen ein: Von Hannover: 187,50; Gierslesen: 187,50; Jeßnitz 187,50; Aschersleben: 112,50; Zimmsentenberg: 150,—; Weimar 42,—; Wilhelmberg: 375 M.; Chemnitz: 114,—; Holzweißig: 153,75; Großsolze: 22,50 M.

Reichsarbeitsausschuß.

7. Bezirk. Mitgliederversammlung jeden Donnerstag 7 Uhr Vorhagener Str. 17 bei Koblenz.

9. Bezirk. Die Mitglieder Büttner, Neumann, Röhr und Tomzau sind aus der AAUI. ausgeschlossen.

13. Bezirk. Verlorene Mitgliedsbücher: 001420 K. Schale; 001006 E. Zilli; 038608 R. Mattern, sämtlich vom Gadwerk II Ebbg. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Beim Vorzeigen sind sie einzuziehen.

13. Bezirk. KAPD. Am 27. März verstarb plötzlich unsere Genossin Grete Braun. Sie liegt in Görten b. Brandenburg a. H. begraben. Wir behalten sie in ehrendem Andenken.

Quittung.

Die Quittung in Nummer 11 des „Kampfrufes" weist Fehler auf, die zu Mißverständnissen führen könnten. Wir lassen deshalb die ganze Quittung nochmals folgen. Es gingen folgende Gelder für Inhaftierte ein:

Von der KAPD.:	
3. Bezirk KAPD.	421.— M.
4. „ „	754.50 „
5. „ „	76.— „
8. „ „	84.25 „
12. „ „	155.— „
13. „ „	194.40 „
Wasserkante	47.— „
KAPD. Hamburg	450.— „
AAU. Groß-Berlin	25.85 „
KAJ. Neukölln	47.— „
Leinicke, Markendorf	90.— „
Von der AAU.-Arbeiter-Union:	
5. Bezirk SD.	64.— „
7. „ „	53.— „
9. „ „	500.— „
13. „ „	241.80 „
Gruppe Hannover BD.	250.— „
Gruppe Berlin BD.	300.— „
Grabisch	57.— „
AAUD. Naturfreunde, Gesundbrunnen	400.— „
AAUD. „ Reinickendorf	150.— „

B. M. U.-S. Bitterfeld.

Soeben erschien

Historischer Materialismus

von Hermann Gorter.

Zweite bedeutend vermehrte Auflage.

Preis 9 M.

Bestellungen gegen Einsendung des Betrages oder gegen Nachnahme sind zu richten an:

Verlag der KAPD. Landsbergerstr. 6.

Verantwortl. Redakteur: Arthur Lieres, Neukölln. — Verlag der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands. Inhaber: Emil Schubert, Charlottenburg. Druck: Max Rester, Berlin, Alexandrinenstraße 110.

Der Kampfruf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union
(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrg. 3. Nr. 15. 1922 „Der Kampfruf" erscheint wöchentlich. Preis 1 M.

Genua und das Weltproletariat

Die Blicke der Proletarier aller Länder sind in diesen Augenblick nach Genua gerichtet. Die deutsche und mitteleuropäische Arbeiterklasse erhofft von Genua Linderung ihrer drückenden Lage und Rettung vor der drohenden Erdrosselung durch die Kriegsgläubiger der deutschen Bourgeoisie, das westeuropäische und amerikanische Proletariat Arbeit und Brot und die russische Arbeiterschaft Abwendung des vor Augen stehenden Hungertodes und Erlösung von der mehr als zaristisch-mittelalterlichen Knute größenwahnsinniger Cosaren.

Was hat nun das Proletariat von Genua zu erwarten?

Weiter nichts als weitere Bedrückung, Vergrößerung des Elends, Untergang als Klasse in Sklaverei und Not! Warum?

Die Lebensdauer der kapitalistischen Produktionsordnung ist abgelaufen. Das privatwirtschaftliche Produktionssystem ist nur lebensfähig, wenn es genügend Profit abwirft. Es kann den Lohnarbeitern daher nur einen Teil des Wertes der von ihnen geschaffenen Güter als Lohn zahlen. Diese können daher nicht alle von ihnen geschaffenen Güter kaufen. Der Ueberschuß mußte nach Auslandsmärkten verkauft werden. Der Konkurrenzkreis der national gebundenen Kapitalistenklassen und die Märkte der industriell noch weniger erschlossenen Länder schuf die Kriege. Sie endeten stets mit der Regelung der Absatzgebiete. Als die Auslandsmärkte nicht mehr kaufkräftig genug waren, alle Waren der industrieimperialistischen Staaten aufzunehmen, erfolgte bei der Jagd nach Absatzgebieten der gewaltige Zusammenprall der kapitalistischen Staaten. Der Weltkrieg spannte alle Produktionsmittel, Rohstoffe, Produktionsmöglichkeiten und Produktivkräfte in den Dienst des Massenmordes. Eine Erneuerung der Produktionsmittel hat seit acht Jahren nicht stattgefunden. Es wurde nichts geschaffen, um die Zukunft zu sichern. Das vorhandene wurde vernendet, um zur Zerstörungsmittel zu schaffen, mit denen der Reichtum der Nationen vernichtet wurde. Die Produktionsmittel sind heute so verlodert, daß sie nicht mehr genügen, um für alle Menschen genügend Güter zu erzeugen. Sie sind zu schwach, um für die der Industrie noch nicht ganz erschlossenen Länder zu arbeiten, dort Industrien zu errichten und obendrein noch die eigenen Völker zu ernähren.

Das Mekka des internationalen Kapitals ist Rußland, zu einem Teil auch China. Beide Länder aber sind zu wenig kaufkräftig, um die überflüssigen Güter, die erzeugt werden könnten, wenn alle Arbeiter der Welt produzieren würden, aufzunehmen. Weiterer Krieg um diese Absatzgebiete ist daher nicht mehr lohnend. Außerdem würden neue Kriege die Produktionsmöglichkeiten und Preisaussichten zu noch mehr lähmdern. Deshalb sind die sich früher auf Leben und Tod bekämpfenden nationalen Kapitalistenklassen heute international zusammengeschlossen. Sie sind vereinigt, um sich die geringen Absatz- und Profitmöglichkeiten zu teilen. Diese sind aber nicht genügend, um allen Kapitalisten der Welt genügend Profit zu lassen. Diesen Profit zu erhöhen, gibt es nur eine Möglichkeit: den geringen Lohn des Weltproletariats noch mehr zu drücken. Auch dieses Vorhaben ist begrenzt. Denn der Proletarier, der im Produktionsprozeß eingespannt ist, muß so viel zu leben haben, daß er wirklich Profit erzeugen kann. Er darf nicht verhungern. Einem Teil des Proletariats will der Kapitalismus das auch zugestehen. Aber wir haben, wenn er für den Lohn, den unter allen Umständen haben muß, bedeutend länger arbeitet. In der ganzen Welt versucht das Kapital in diesem Augenblick beshalb, den Lohn zu drücken und die Arbeitszeit zu verlängern. Zum Teil geschieht das durch offenen Kampf, durch Aussperrung.

Um genügend Lohndrücker zu schaffen, wird in der ganzen Welt die Arbeitslosenunterstützung beseitigt. Für die noch arbeitenden Proletarier sind ebenfalls in der ganzen Welt Knebelungsgesetze zum Teil schon in Wirkung, zum Teil in Vorbereitung. Ein großer Teil der Proletarier muß daher aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet dem Hungertode preisgegeben werden. Durch diese Manöver wird das Proletariat zerrissen, verunsichert, gegeneinander getrieben, um sich gegenseitig zu zerfleischen, um es für den Kampf aus Klasse gegen die Klasse der Kapitalisten unfähig zu machen. Das, was sich Sozialdemokratie in Deutschland abmüht, nützt es in den anderen Staaten in noch verschärftem Maßstabe. Das Bestreben der Bourgeoisie ist international einheitlich, da das Kapital in der ganzen Welt in der gleichen Lage ist.

Um das alles international zu regeln, sind gegenwärtig die Bemühungen der verschiedenen nationalen Kapitalistenklassen in Genua zusammengekommen.

Die „Zusammenstöße", Streitigkeiten um Abrüstung, „Befreiung" kleiner Nationen, die russisch-französischen und die französisch-englischen Gegensätze, die Forderungen und Ablehnungen, sind nur Hausorgen der Bourgeoisie. Das Proletariat berühren sie nur insofern, als dieses die Kosten zu tragen hat. Ob der eine Staatsmann „in den Hintergrund gedrängt" wird, der andere eine Ablösung von der mehr als zaristisch-mittelalterlichen Knute größenwahnsinniger Cosaren. Was hat nun das Proletariat von Genua zu erwarten?

Weiter nichts als weitere Bedrückung, Vergrößerung des Elends, Untergang als Klasse in Sklaverei und Not! Warum?

Die Lebensdauer der kapitalistischen Produktionsordnung ist abgelaufen. Das privatwirtschaftliche Produktionssystem ist nur lebensfähig, wenn es genügend Profit abwirft. Es kann den Lohnarbeitern daher nur einen Teil des Wertes der von ihnen geschaffenen Güter als Lohn zahlen. Diese können daher nicht alle von ihnen geschaffenen Güter kaufen. Der Ueberschuß mußte nach Auslandsmärkten verkauft werden. Der Konkurrenzkreis der national gebundenen Kapitalistenklassen und die Märkte der industriell noch weniger erschlossenen Länder schuf die Kriege. Sie endeten stets mit der Regelung der Absatzgebiete. Als die Auslandsmärkte nicht mehr kaufkräftig genug waren, alle Waren der industrieimperialistischen Staaten aufzunehmen, erfolgte bei der Jagd nach Absatzgebieten der gewaltige Zusammenprall der kapitalistischen Staaten. Der Weltkrieg spannte alle Produktionsmittel, Rohstoffe, Produktionsmöglichkeiten und Produktivkräfte in den Dienst des Massenmordes. Eine Erneuerung der Produktionsmittel hat seit acht Jahren nicht stattgefunden. Es wurde nichts geschaffen, um die Zukunft zu sichern. Das vorhandene wurde vernendet, um Zerstörungsmittel zu schaffen, mit denen der Reichtum der Nationen vernichtet wurde. Die Produktionsmittel sind heute so verlodert, daß sie nicht mehr genügen, um für alle Menschen genügend Güter zu erzeugen. Sie sind zu schwach, um für die der Industrie noch nicht ganz erschlossenen Länder zu arbeiten, dort Industrien zu errichten und obendrein noch die eigenen Völker zu ernähren.

Das Mekka des internationalen Kapitals ist Rußland, zu einem Teil auch China. Beide Länder aber sind zu wenig kaufkräftig, um die überflüssigen Güter, die erzeugt werden könnten, wenn alle Arbeiter der Welt produzieren würden, aufzunehmen. Weiterer Krieg um diese Absatzgebiete ist daher nicht mehr lohnend. Außerdem würden neue Kriege die Produktionsmöglichkeiten und Preisaussichten zu noch mehr lähmdern. Deshalb sind die sich früher auf Leben und Tod bekämpfenden nationalen Kapitalistenklassen heute international zusammengeschlossen. Sie sind vereinigt, um sich die geringen Absatz- und Profitmöglichkeiten zu teilen. Diese sind aber nicht genügend, um allen Kapitalisten der Welt genügend Profit zu lassen. Diesen Profit zu erhöhen, gibt es nur eine Möglichkeit: den geringen Lohn des Weltproletariats noch mehr zu drücken. Auch dieses Vorhaben ist begrenzt. Denn der Proletarier, der im Produktionsprozeß eingespannt ist, muß so viel zu leben haben, daß er wirklich Profit erzeugen kann. Er darf nicht verhungern. Einem Teil des Proletariats will der Kapitalismus das auch zugestehen. Aber wir haben, wenn er für den Lohn, den unter allen Umständen haben muß, bedeutend länger arbeitet. In der ganzen Welt versucht das Kapital in diesem Augenblick beshalb, den Lohn zu drücken und die Arbeitszeit zu verlängern. Zum Teil geschieht das durch offenen Kampf, durch Aussperrung.

Um genügend Lohndrücker zu schaffen, wird in der ganzen Welt die Arbeitslosenunterstützung beseitigt. Für die noch arbeitenden Proletarier sind ebenfalls in der ganzen Welt Knebelungsgesetze zum Teil schon in Wirkung, zum Teil in Vorbereitung. Ein großer Teil der Proletarier muß daher aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet dem Hungertode preisgegeben werden. Durch diese Manöver wird das Proletariat zerrissen, verunsichert, gegeneinander getrieben, um sich gegenseitig zu zerfleischen, um es für den Kampf aus Klasse gegen die Klasse der Kapitalisten unfähig zu machen. Das, was sich Sozialdemokratie in Deutschland abmüht, nützt es in den anderen Staaten in noch verschärftem Maßstabe. Das Bestreben der Bourgeoisie ist international einheitlich, da das Kapital in der ganzen Welt in der gleichen Lage ist.

Um das alles international zu regeln, sind gegenwärtig die Bemühungen der verschiedenen nationalen Kapitalistenklassen in Genua zusammengekommen.

Genua ist eine weitere Etappe auf dem Golgathaweg des Weltproletariats.

Genua ist das Stellbichein der Weltbourgeoisie, das Proletariat als Klasse zu erdrosseln. Die bürgerliche Gesellschaftsordnung sieht ihre Dämmerstunde hereinbrechen. Es gilt ihr, sich eine Atempause zu verschaffen, Kräfte zu sammeln, die Lebensdauer zu verlängern.

Genua hat mächtige Helfershelfer. Die gelbe und die „rote" Gewerkschaftsinternationale, die beiden sozialdemokratischen und die Moskauer haben sich mit dem Kapital verschworen. Sie sind mit ihm auf Gedeih und Verderb verknüpft. Aufhören des Kapitalismus bedeutet Tod den Gewerkschaften und Führerparteien.

In unglaublicher Verblendung ist das Proletariat mit diesen seinen Todfeinden verbindet, schafft es sich selbst die Voraussetzung für seinen Untergang.

Genua ist Verschwörung der Besitzenden und Machtlüsternen, ist Lebensgefahr für das Weltproletariat.

Genua muß folgen der Zusammenschluß des Proletariats als Klasse. Die Betriebe geben der Bourgeoisie die Macht. In den Betrieben muß sich das Proletariat zusammenschließen, wenn es Machtfaktor werden will. Die Gewerkschaften muß es zertrümmern, und den Bonzenklüngel zu beseitigen, damit der Weg frei wird, dem Kapitalismus das Lebenslicht auszublasen.

Zur kommenden Reichskonferenz

Die kommende Reichskonferenz wird aller Voraussicht nach unter dem Zeichen heftiger Auseinandersetzungen stehen. Die Mitgliedschaft der Union wird gut tun, sich rechtzeitig mit den zur Diskussion stehenden Fragen zu befassen. Es sei gleich vorweg bemerkt: wer sich im Eifer irgendwie einseitig festlegt aus reinem Nichtbedürfnis der Voreingenommenheit, oder wer einen einmal festgelegten Standpunkt aus Prestigegründen heraus mit Haaren und Zähnen verteidigt — die Verteidigung besteht meistenteils in einer Erklärung, daß man sich entschieden habe — ist ein schlechter Revolutionär und dient der Sache keineswegs. Die Geschichte wird über Abstimmungen, die in der Hitze des Gefechts vorgenommen werden, hinwegschreiten.

Was die theoretische Seite anbetrifft, so ist die Debatte, die geführt wird, nicht neu. Man muß das mit aller Deutlichkeit aussprechen: zur Debatte stehen nicht „Führung von Lohnstreiks." Diejenigen, die aus den Thesen des GKA. der Partei etwas Derartiges herauslesen, beweisen, daß sie das Programm der AAUI. und KAPD. und ihre Literatur gar nicht kennen, sonst würden sie gefunden haben, daß die Formulierung des berühmten Abs. 4 fast wörtlich den Programmschriften — deren Verfasser die geistigen Väter der Essener Richtung sind — übernommen sind. Zur Debatte steht theoretisch die Frage: Individualismus, Anarchismus oder Kommunismus. Vielleicht sind sich manche Genossen dessen nicht bewußt. Jedenfalls die Auseinandersetzungen mit der „Einheitsorganisation", die wir noch nicht lange hinter uns haben, beweisen, daß auch damals Kräfte am Werke waren, die sich vollkommen im klaren waren. So ist es auch heute. Es kehren dieselben Argumente wieder.

Die berühmte Artikelserie „Die Union, was sie ist — und was sie nicht ist", hat im Lager der „Einheitsorganisation" helle Freude hervorgerufen. Die „Revolution" Nr. 8 2. Jahrgang schreibt nach einem Lobgesang über die in den Artikeln vertretene Auffassung mit Recht: „Fragen möchte ich den Genossen, welche solche Worte schrieb, ob neben einem solchen Körper noch eine Partei nötig ist? Ich sage nein!" Dieselbe Nummer der „Revolution" befaßt sich mit derselben Frage, die auch bei uns zur Diskussion steht: mit der Taktik. Es zeigt das, daß der fanatische Haß gegen eine revolutionäre politische Partei die Diskussion über die Taktik nicht erspart. So stehen in derselben Nummer dieses Blattes auf der ersten Seite folgende Sätze:

„Ich bin zu dem Resultat gekommen, daß man unter keiner Bedingung an einem Lohnstreik teilnehmen soll, sei er für höhere Löhne, sei er gegen das Herabdrücken des Lebensniveaus; ich sage doch nein — nicht mitmachen! Es ist uns Revolutionären (!) ganz einerlei, ob die Existenz verschlimmert oder verbessert wird, denn die Existenzverbesserung hat keinen Revolutionär, wohl aber Parvenus erzeugt, usw."

Auf einer Bezirkskonferenz „Nord" sagte ein Vertreter der „Offenen Richtung" fast wörtlich dasselbe. Er erklärte:

„Die Union dürfe nie mit ihren Parolen in Widerspruch geraten. Wenn sie eben für die Abschaffung, für den Sturz des Kapitals kämpfen wolle, so dürfe sie bei Kämpfen, die nicht unmittelbar darauf gerichtet sind nicht in konsequenterweise Solidarität üben, sondern die Union